DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DER DEMOKALENDER
Seite 11

Musiker SchwrzVyce rappt gegen den Strom, Seite 14 Foto: kultur-zentner.de

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 81 ab Samstag, 5. März 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V., IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 81. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

DEMOWOCHE IN BERLIN GEGEN »IMPF«-PFLICHT AB 16. MÄRZ – SEITE 4



HABEN DIE FÜHRER »DES WESTENS« UNS IN DIE SCH*SSE GERITTEN?

Eine PERSPEKTIVE
Von Anselm Lenz und Burak Erbasi

Am Ende der Corona-»Plandemie« bekommen wir einen »Heißen Krieg« präsentiert. Wer ist auf die Idee gekommen, unser aller Kontinent anzuzünden, anstatt den je eigenen Stolz aller in Ausgleich zu bringen wie bei einem versöhnlichen Familientreffen? Was haben »wir« überhaupt »dort« verloren?

Ist dies ein »Russenblatt«? Nein, es ist eine Zeitung von unabhängigen Journalisten und ihren Lesern, die an keinen der Apparate gebunden sind. Was war das noch gleich: Allseitige Abrüstung? Friedensdividende und Arbeitszeitverkürzung bei besserer Verteilung der Arbeit? Mehr Zeit und Mittel für eine eigene Familie? Für ein Hobby? Für einen Geist jenseits des stumpfen Materialismus?

Bürgerrechte? Frieden? Freiheit? Demokratie? Ressourcenschonung, seriöser Umweltschutz? Menschenrecht, Nürnberger Kodex? Eine echte Entwicklungshilfe? Wahrheit und Entspannung? Entschlackung von Berufspolitik und Funktionärsstrukturen? Radikale Eindämmung von Monopolkonzernen, Lobbies und »Tiefem Staat«?

Nichts davon. Auf die innere Formierung der Gesellschaften mit der *Fake*-Seuche folgt die militärische Fixierung auf einen äußeren Feind. »Wir gegen Putin«, titelte das Revolverblatt *Bild* am Mittwoch. Zuvor waren Polen, Ungarn, Trump, Corbyn, Sanders, Lafontaine und bis vor nicht so langer Zeit Ukrainer selbst Feindbilder der Regenbogenpresse. Der Russe, »die da drüben«, der Osten überhaupt soll an hausgemachten Problemen hiesiger »Eliten« Schuld sein – die sich selbst als »Der Westen« bezeichnen.

Wir wollen gar nicht, dass sich unsere »Eliten« überall einmischen. Wir sind nicht mit ihnen identisch. Fragen Sie mal jemanden auf der Straße. Monatelang rollten schwerstes Kriegsgerät und Soldaten nach Osteuropa, wo bereits »der Westen« namens Napoleon und Hitler scheiterten. Ein Krieg mit Russland kann heute noch weniger gewonnen werden. Russland sieht sich dennoch von der Nato eingekreist, anstatt in diese aufgenommen zu werden. Zweimal hatte das Land einen Antrag gestellt

Weiterlesen auf Seite 4



NICHTOHNEUNS.DE

Tieferes Vertrauen

Der Preis der Republik geht an Eugen Drewermann
LAUDATIO von Anselm Lenz



Ein Bergmannssohn und aus der katholischen Kirche ausgetretener Priester spricht seit Jahrzehnten wahre Worte – und wird wie ein aufklärender Prophet verehrt.

Sein Lebenswerk steht zu Lebzeiten für sich. Der Psychoanalytiker gilt zudem durch die Jahrzehnte als Protagonist der Friedensbewegung. In seiner Neujahrsansprache 2022 wandte er sich dringend gegen den neu aufgeflammten Fanatismus bei der Segregation sogenannter »Ungeimpfter« – also jenen, die sich einer Lüge nicht mehr unterwerfen, nur weil diese ihnen überwältigend aufgeladen wird. Wie konnte das alles geschehen? Eugen Drewerman hat für die Gegenwart zuletzt fünf Punkte genannt: »Mangel an Individualität, Vernunft, Integrität, Wahrhaftigkeit und Hoffnung.«

Der fortschrittliche Theologe benennt die neue Geistlosigkeit als »den kompletten Ausfall des Religiösen«. Die Folgen: »Überwachung und Außenlenkung.« Es brauche ein »tieferes Vertrauen«. Trotzdessen: »Ich habe noch nie erlebt, dass ein Mensch wirklich Böses will«, sagte Drewermann zuletzt. – Drewermann ist selbstverständlich größer als der Preis der Republik. Aber er bekommt ihn trotzdem.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Eugen Drewermann. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmerman, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann.



Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (re) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser,

nach zwei Jahren Corona-Notstands-Regime befindet sich nun der Nato-Westen in einem asymmetrischen Krieg mit Russland. Wer Verständnis mit dem erklärten Feind Russland zeigt, wird als dessen Agent behandelt und vom deutschen Geheimdienst verfolgt.
Die EU greift offen die Pressefreiheit an: Die russischen Auslandswellen RT und Sputnik wurden in der gesamten europäischen Union als »Feindsender« verboten. Wir machen weiter solange es geht!
Für das Grundgesetz, den Frieden und die Freie Republik.

♡-lich,
Sodenkamp [Unterschrift]

*Schenkungen mit Verwendungszweck »*Crowdfunding*« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84
PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Konstruierte Realität

EINWURF *von Werner Köhne*

Was seit dem so falschen wie interessengeleiteten Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine speziell die westliche Wertegemeinschaft bewegt, ist aus jenem Wertefundus geschöpft, den wir seit zwei Jahren missen mussten: Man gibt sich nicht länger so verbiestert und abblockend wie im Fall Corona, sondern pocht mit bebender Stimme auf Souveränität, Rechtsstaatlichkeit und im Ganzen betrachtet auf das Humane.

Nicht, dass das noch überraschen könnte – aber die Dreistigkeit, mit der nun etwa die Mediokraten aus ihren Löchern auf das Forum der »Human Family Culture« streben, mag doch verwundern. Irgendwie zeigt man sich erleichtert darüber, dass man sich nun moralisch deutlicher ausweisen kann mit Bildern von weinenden Frauen aus Kiew, von durch Raketen beschossene Wohnhäuser und der eigenen »Gutmenschenheit«.

Während der Einmarsch in kurzer Zeit Fakten schafft, diskutiert die Politik- und Medienkaste die Möglichkeit, ob man den Ukrainern Waffen liefern soll oder nicht – eine Option, die gar keine ist; es sei denn, man will die Zeit zurückdrehen oder einen bald anstehenden Guerilla-Untergrund stärken. Eher aber sucht man über diese Option eine Stärke zu signalisieren, die man gar nicht wirklich anwenden will.

Und schon bewegen wir uns in jenem Zeitgeist, der für die Deformationen der letzten Jahre verantwortlich zeichnet. Es geht um die Abstufung der Wahrheit in ein staatlich gelenktes Meinungsgewirr. Während der rechthaberische Gestus im Corona-Narrativ auf das Ganze des Gemeinwohls zielte, was dann die zum Teil absurdesten Maßnahmen legitimierte, fokussiert man sich in Sachen Einmarsch ohne eine Spur historischen Bewusstseins auf das dämonische Subjekt Putin, und natürlich geht es klammheimlich gegen den »Russen«.

In Moskau stöbert die Medienmeute derweil junge Leute auf, die durchaus berechtigt sich gegen Putin aussprechen, in Kiew zeigt man einstürzende Wohnhäuser – kurz man ist wieder ganz bei sich: bedient sich süffiger Bilder und einer plakativen Moral. Nur dass sich diesmal die Corona-Beschwörer ein unverfänglicheres Feld ausgesucht haben. So kommt es dann im Kraftwerk der Gefühle zu Empörungswellen, auf denen man tief im Zeitgeist *surfen* kann.

Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Einladungen willkommen: *wernerpaulkoehne@gmail.com*

SCHMERZHAFTE »IMPFUNGEN«

Auf die mRNA-»Impfstoffe« lassen Politiker nichts kommen. Jede Kritik an ihnen wird im Namen der Wissenschaft vehement zurückgewiesen. | Von Cluse Krings

Doch nun findet eine wissenschaftliche Erkenntnis Einzug in die medizinische Praxis, auf die besorgte Ärzte und Journalisten in den letzten Monaten immer wieder hingewiesen hatten. Und die verändert die Art der Verabreichung des »Vakzins« erheblich.

Die Medizin kennt sechs Arten, Substanzen in den menschlichen Körper einzuführen: Oral als Pille oder Tropfen, anal als Zäpfchen, intradermal mit der Hohlnadel in die Haut, subkutan unter die Haut, intravaskulär, man kann auch sagen: intravenös, direkt in die Blutbahn und intramuskulär per Kanüle in den Muskel. Bei den mRNA-»Impfstoffen« wurde von vornherein die intramuskuläre Verabreichung vorgeschrieben.

FRÜHE ERKENNTNIS SPÄTE REAKTION

Bei ersten Tests an Labormäusen traten bei intravenöser Gabe des Corona-»Impfstoffs« Fälle von gleichzeitiger Entzündung des Herzbeutels und des Herzmuskels, die sogenannte Perimyokarditis, gehäuft auf. Der Krankheitsverlauf wird als schwer bis tödlich eingestuft. Die Pharmaindustrie war sich sicher, das Phänomen durch eine intramuskuläre Applikation – weg von den großen Gefäßen – vermeiden zu können. Inzwischen wird die lebensbedrohliche Herzerkrankung vor allem bei jungen Geimpften immer wieder beobachtet, von der Politik beharrlich verschwiegen, in den offiziellen Stellungnahmen der Ärzte heruntergespielt.

Eine vorläufige Erklärung für das Zustandekommen dieser Nebenwirkung ist, dass die Injektion auch innerhalb des Muskels auf ein größeres Blutgefäß stoßen kann und die Substanz ganz oder teilweise doch unmittelbar in den Blutkreislauf gelangt und auf die Art das Herz erreicht. Nun also trägt man dem Phänomen ein erstes Mal von offizieller Seite Rechnung: Das Robert-Koch-Institut (RKI) veröffentlicht in seinem neuesten Bulletin einen nachgebesserten »Hinweis zur praktischen Umsetzung« der Impfung. Das RKI schreibt nunmehr eine sogenannte Aspiration bei der Verabreichung von Covid-»Impfstoffen« auf mRNA-Basis vor. Nach dem Einstich ist nun zunächst der Kolben der Spritze ein wenig herauszuziehen, der Unterdruck saugt Blut durch die Kanüle an.

Dieses Vorgehen ist üblich bei Injektion direkt in die Blutbahn, um sicherzustellen, dass keine Luft in die Vene gelangt und zu Embolien führt. Bei Einstich in den Muskel aber ist der Versuch Blut anzusaugen schmerzhaft und zumeist nicht erfolgreich. Empfohlen wird also, falls Blut in die Kanüle eintritt, einen weiteren Versuch zu unternehmen. Impfen wird also schmerzhaft, und das bei sinkender Wirksamkeit. Das RKI nimmt nun erstmals diejenigen Impfschäden ernst, die es bislang verleugnete.

ZITAT AUS DEM BULLETIN

»Die Impfung ist strikt intramuskulär (i.m.) und keinesfalls intradermal, subkutan oder intravaskulär (i.v.) zu verabreichen. Im Tiermodell kam es nach direkter intravenöser Injektion eines mRNA-Impfstoffs zum Auftreten von Perimyokarditis (klinisch und histopathologisch. Wenngleich akzidentelle intravasale Injektionen bei einer i.m.-Impfstoffapplikation nur selten auftreten, ist bei Covid-19-Impfungen eine Aspiration bei i.m.-Applikation zur weiteren Erhöhung der Impfstoffsicherheit sinnvoll.«

Cluse Krings ist Anthropologe und Autor des Sachbuchs »Vom Untergang der Moderne«





Jung und Alt haben keine Lust mehr auf Plandemie.
Foto: Hannes Henkelmann



DG-Gewerkschafter zusammen mit Pflegekräften beim ersten Impfstreik vor der Berliner Charité .

EIN TAG NACH BERLINER IMPFSTREIK: KÜNDIGUNGSSTOPP!

Berlin/DW. Am 28. Februar 2022 fand deutschlandweit um 16 Uhr ein erster symbolischer fünfminütiger Warnstreik des Gesundheitspersonals gegen den ab dem 15. März 2022 geltenden Impfzwang statt. Auch auf dem Berliner Robert-Koch-Platz versammelten sich rund einhundert Menschen, welche die streikenden Pflegekräfte des anliegenden Charité-Krankenhauses mit Applaus und Blumen begrüßten. Organisiert wurde die Demonstration von Mitgliedern der Freien Linken und der Demokratischen Gewerkschaft (DG). Der Warnstreik zeigte erste Wirkung. Die Berliner Gesundheitssenatorin Ulrike Gote (Grüne) verkündete, dass nicht geimpftes Gesundheitspersonal kein Zutrittsverbot zur Arbeitsstelle bekommen werde, da sonst das ganze System zusammenbreche. »Wir werden sicherlich keine Betretungsverbote aussprechen, wenn wir sehen, dass dadurch die Versorgungssicherheit gefährdet ist«, so Grote im Gesundheitsausschuss der Berliner Senats. Stattdessen sollen die ungespritzten Beschäftigten Bußgelder zahlen. Der Vorschlag zeigt die schwache Position der Politik: Strafzahlungen, weil man arbeiten geht, für Arbeit, die gebraucht wird, sind nicht durchzusetzen, wenn die Pfleger standhaft bleiben und notfalls ab dem 15. März 2021 streiken.

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland
(gestrichelte Werte enthalten Schätzanteil)
Wechsel des Bezugszeitraums
30 000
25 000
20 000
15 000
10 000
5 000
0
2021 KW 26
2022 KW 1
2022 KW 25
2017–2020 Durchschn.
2017–2020 Median
2018–2021 Durchschn.
2018–2021 Median
2021/2022
2021/2022 (darunter COVID-19)

Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt (Stand 28.02.2022), COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut (Stand 24.02.2022)

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022

Es gab nie eine Seuche. Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass der Corona-Virus nicht wesentlich bedrohlicher ist als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant ansteigen. Das ist aber nicht der Fall.

Die sogenannte 1. Welle des Corona-Virus im April/Mai 2020 war im Vergleich zur Grippewelle 2017/2018 mild. Auch die sogenannte 2. Welle des Corona-Virus zum Jahreswechsel 2020/21 bewegt sich in den gewohnten Größenordnungen von Grippeinfekten. Im Jahr 2020 gab es im Vergleich der Jahre und im Hinblick auf das zunehmende Alter der Bevölkerung sogar eine Untersterblichkeit. Im Jahr 2021 war tatsächlich eine Übersterblichkeit zu erkennen, welche jedoch nicht auf Corona, sondern auf die Impfung und die Maßnahmen der Politik zurückzuführen ist. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamts.
250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

IM NOTFALL GLOBAL DURCHGREIFEN

Genf/DW. Am 1. März 2022 begannen im Schweizer Genf die WHO-Verhandlungen zu einem »internationalen Abkommen zur Prävention und Bekämpfung von Pandemien«. Dieses Abkommen soll auf Artikel 19 der WHO-Satzung aufbauen, was bedeutet, dass das Abkommen für alle 194 Mitgliedstaaten bindend sein wird, wenn zwei Drittel der Mitgliedsstaaten zustimmen. Die Vorgaben, Mechanismen und die WHO-Gremien stehen bei Annahme über den jeweiligen Verfassungen und Gesetzen der jeweiligen Staaten, wenn eine Pandemie ausgerufen wird. Der Vertrag, der die Machtbefugnisse der WHO ausweitet, soll bis 2024 fertiggestellt und verabschiedet werden. (hes)

WILLKOMMEN IM SPRITZENLAND

Berlin/DW. Die EU richtet sich auf Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine ein. Die deutsche Regierung bereitet sich auf das Wichtigste vor: Spritzen für die Ankommenden. Am Freitag, den 4. März 2022 wurde laut Meldung der medizinischen Aufklärungsseite *tkp.at* bei der Gesundheitsministerkonferenz auf Antrag Bayerns der Umgang mit dem Impfstatus der Flüchtlinge diskutiert. Die Internetseite *Our World. In Data* gibt an, dass nur 35 Prozent der Ukrainer bislang das vergiftete Angebot angenommen haben, trotz des hohen Impfdrucks von Seiten der ukrainischen Nato-Regierung. (hes)

»Wir werden dieser Gruppe dann sehr zügig die Impfung ermöglichen und anbieten«, drohte die Berliner Gesundheitssenatorin Ulrike Gote (Bündnisgrün).(hes)

FORTSETZUNG VOM TITELTEXT | HABEN DIE FÜHRER DES WESTENS… | Von Anselm Lenz und Burak Erbasi

Am Morgen des 24. Februar 2022 hatte die russische Armee mit der völkerrechtswidrigen Invasion der Ukraine begonnen: »Entmilitarisierung und Entnazifizierung« seien die Kriegsziele der »Sonderoperation«. Sofort wurden Erinnerungen an den Irakkrieg wach, infolgedessen mindestens 1,2 Millionen Zivilisten getötet worden sind. Warum das alles?

Kurz gesagt: Der Kapitalismus ist pleite, das Finanzblasensystem ist klinisch tot. Zum letzten Vorhang hauen sich die Kräfte des 20. Jahrhunderts nochmal welttheatralisch die Rübe ein – zu Lasten der Menschen in der Ukraine. Die Ost-West-Aufteilung ihres Landes erscheint wie eine seit Jahren beschlossene Sache.

Statt Kriegstreiberei, Propaganda und Zensur aller Regierungen könnte es längst Kooperation zum Vorteil aller Völker geben. Eben wenn sich jener »Westen« mit Russland auf Augenhöhe und fair verständigt hätte, so die berühmte Moskau-Korrespondentin Gabriele Krone-Schmalz 2015 gegenüber dem deutschen Staatssender MDR: »Die Erfahrungen, die man nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in Russland gemacht hat, sind, dass die Menschen dort gnadenlos über den Tisch gezogen worden sind« – vom »Westen«. Der Grund? »Interessen, die man benennen muss und denen man nicht humanitäre Deckmäntelchen umhängen darf, damit sie besser aussehen«, so Krone-Schmalz.

Dass die Ukraine als Schauplatz nun von allen Kriegsparteien in Schutt und Asche gelegt werden wird, scheint seit Längerem beschlossene Sache. Doch »Heißer Krieg« mit Russland kann nie und nimmer gewonnen werden. Für 100 Milliarden Euro unseres Geldes muss die Regierung Scholz nun Waffen kaufen, um voll bei der Aufteilung der Reste dabei zu sein.

Der von Willy Brandt, Olof Palme, François Mitterand, Helmut Kohl und anderen Politikern »des Westens« aus Vergangenheit und Gegenwart gesuchte »Wandel durch Annäherung« soll nun abgerissen werden. Hinter den Kulissen können somit die Architekten des Great-Reset abseits der öffentlichen Wahrnehmung die weiteren Schritte zur Errichtung ihrer neuen Weltordnung abwickeln, heißt es. Am 17. März will der Bundestag in Deutschland im Kriegsnebel die »Impf«-Pflicht durchwinken. Die Demokratiebewegung hat eine Protestwoche von 16. bis 18. März jeweils ab 9 Uhr am Brandenburger Tor angemeldet.

NATO-VERSPRECHEN AN RUSSLAND BEWIESEN

Seitenwechsel: Das Minsker Abkommen für die Befriedung der Ukraine von 2015, ein völkerrechtlich bindender Vertrag, ist nach russischer Ansicht gebrochen worden. Ebenso das Versprechen, die Nato keinen Zentimeter über den früheren »Eisernen Vorhang« hinaus auszudehnen. Den entsprechenden Vertragsschluss von 1990 dokumentierte zuletzt die Nachrichtenillustrierte Der Spiegel – in einem unbeaufsichtigten Moment kurz vor Redaktionsschluss ging der Artikel in Druck. Tage zuvor waren die russischen Auslandswellen RT in Deutschland und anderen Ländern abgeschaltet worden.

In seiner morgendlichen Ansprache zum Kriegsbeginn verkündete der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin, dass es sich beim Einmarsch in die Ukraine lediglich um eine »militärische Sonderaktion« handle. Zuvor hatten die unabhängigen Volksrepubliken im Osten des ukrainischen Territoriums Russland um Hilfe gebeten. Putin erläuterte, wie sich die »Einkreisung« durch das US-Kriegsbündnis Nato sich in Moskau anfühle und wie vertragswidrig und lügnerisch die Entwicklung der Nato seit 1990 sei. Tenor: Es sei ein Gemeinplatz, »dass Politik ein schmutziges Geschäft ist, aber doch nicht so«. Russland dürfe nicht noch einmal versuchen, einem aufrüstenden Gegner »zu gefallen«, der am Ende wie Hitler-Deutschland versuchen werde, sich Russland zur Beute zu machen.

DIE RUSSEN KOMMEN

Ein fast weltweites Sanktionsregime wurde in der ablaufenden Woche gegen Russland verhängt. Die französische Marine brachte einen russischen Frachter im Ärmelkanal auf und beschlagnahmte ihn. Russische Auslandsguthaben werden »eingefroren«, russische Banken sollen aus dem Swift-Bankensystem geworfen werden. Und offenbar sind Oligarchen »des Ostens« weniger wert als jene »des Westens«. Die Milliardäre aus dem Land zwischen Ostsee und Pazifischem Ozean sollen ihrer Westguthaben mehr oder weniger enteignet werden – im Westen.

Zu größeren Spontandemonstrationen gegen die Ukraine-Invasion kam es am vergangenen Wochenende in Prag, Tiflis, Warschau, Köln und Berlin, aber auch in Russland selbst. Für die deutschen Ukraine-Demos war auffällig, dass das Corona-Regime dabei völlig auf Segregationsmaßnahmen wie Maske und Abstand sowie auf Einkesselungen, Wasserwerfer und Tränengas verzichtete. Eine wahrlich bemerkenswerte Kehrtwende, wenn man bedenkt, dass kürzlich noch unter dem Vorwand des Infektionsschutzes friedliche Spaziergänger verprügelt, getötet und mit maßlosen Allgemeinverfügungen und horrenden Bußgeldbescheiden schikaniert worden sind. Der UN-Folterbeauftragte Nils Melzer nahm Ermittlungen gegen deutsche Politiker und Staatsfunktionäre auf.

Z WIE ZORRO ODER FAKE-ZEITENWENDE?

Vorgestern Black Lives Matter, gestern Corona, heute Anti-Putin und morgen wieder Klimawandel. Es ist beeindruckend zu sehen, wie schnell relevante Teile unserer Gesellschaft über jedes Agenda-Stöckchen springen, das man ihnen hinhält. Nun sind es die gold-hellblauen Farben der ukrainischen Flagge, mit denen sich jeder und alles ziert, um zu signalisieren, dass man zu den »Guten« gehört. Selbstklärend bleiben bei so kurzweiligen wie unverbindlichen Solidaritätsbekundungen dieser massenhaften Moral-Pornografie jedwedes tiefgreifende polit-sozio-ökonomische Verständnis über die Hintergründe auf der Strecke. Die kritischen Stimmen, die darauf dann hinweisen, gehen in dem Schwall des Gratis-Applauses unter.

Erich Fromm prägte den Begriff des »homo mechanicus«, worunter man einen Menschen versteht, der mehr einem Apparat denn einem Lebewesen ähnelnd durch sein Leben trottet. Mit diesem Menschentypus lässt sich der opportunistische, selbstgerechte und für jede Agenda einzuspannende »Social-Justice-Warrior« (Soziale-Gerechtigkeit-Krieger, SJW) erklären. Der SJW folgt demnach einem nahtlosen Reiz-Reaktionsschema. Der Neurologe Viktor Frankl formulierte es so: »Zwischen Reiz und Reaktion liegt ein Raum. In diesem Raum liegt unsere Macht zur Wahl unserer Reaktion. In unserer Reaktion liegen unsere Entwicklung und unsere Freiheit.«



Wieso erwähnen die Nato-Medien nicht den Elefanten im Raum? *Foto: Offene Gesellschaft Kurpfalz*

WER TRÄGT DIE SCHULD?

Die Meinungen zu Hintergründen und Schuldigen am offenen Krieg in der Ukraine sind weltweit geteilt. Einerseits stehen jene, denen der russische Präsident Wladimir Putin ein Verteidiger gegen die Weltherrschaftsfantasien des US-UK-EU-Nato-Komplexes in Brüssel, London und Washington ist. Andererseits stehen eben jene SJW-Demonstranten, die in Putin das Bild des Kalten Krieges zu erkennen glauben – oder gar eine Art »neuen Hitler«.

Auf der Seite des wütenden Underdogs stehen verzweifelt auch jene, die nicht mehr an den Nato-Komplex glauben können – seit dem Bombardement Belgrads im Jahr 1999, der Nato-Invasion in Afghanistan, dem Irakkrieg, den jeweils vorangegangenen massiven Kriegslügen und und verfolgten Whistleblowern wie Julian Assange und Edward Snowden.

LICHTBLICK DEMOKRATIEBEWEGUNG

Zuletzt wurde ihnen sogar der umstrittene Donald Trump zu einer Lichtgestalt, weil dieser immerhin als erster US-Präsident seit Jahrzehnten keine neuen Kriege vom Zaun gebrochen hatte und den Ausgleich durch Dealmaking suchte. Trump wurde unter höchst umstrittenen Umständen bei der Wahl zum Jahreswechsel 2020/2021 durch Joseph Biden ausgetauscht. Milliarden Menschen auf der Welt wünschen sich dagegen ein Ende der Kriegstreiberei, Abrüstung und eine »Trockenlegung des Sumpfes« des sogenannten »Tiefen Staates«, vor dem der US-Präsident Dwight Eisenhower 1961 bereits gewarnt hatte – bevor dieser den Menschen endgültig in die Sch*ße reitet.

CORONA-REGIME LEBT NOCH

Die Demokratiebewegung demonstriert gegen den Zwang. | Von Hendrik Sodenkamp

Der deutsche Inlandsgeheimdienst nimmt nun »Putin-Freunde« ins Visier, verkündete der Niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) am Mittwoch den 2. März 2022. Wer für ein schnelles Ende des Krieges und für Frieden mit Russland einsteht, ist in den Augen der Regierung ein Staatsfeind.

Pistorius sieht den Gegner weiterhin in der Demokratiebewegung. Die Europäische Union erließ am selbigen Tag ein Verbot der Verbreitung der Inhalte der Redaktionen der russlandstämmigen Medien *Sputnik* und *RT* im Gebiet der EU. Diese seien Waffen. Deutschland befindet sich im Zweifrontenkrieg gegen Corona und Russland. Das Corona-Regime ist nicht am Ende ist, sondern wird aufrechterhalten und erweitert. Am 15. März 2022 soll der Impfzwang für die Beschäftigten in Pflege- und Gesundheitsberufen greifen.

In den Tagen vom 16. bis zum 18. März 2022 stehen wichtige Termine im Bundestag an. Die Demokratiebewegung ruft zur Demowoche auf und trifft sich am Brandenburger Tor.

Am Donnerstag, 17. März 2022 debattiert der Bundestag dann erneut über den allgemeinen Impfzwang, am Freitag wird über das Infektionsschutzgesetz abgestimmt. Der Impfzwang ist noch lange nicht vom Tisch. Beobachter meinen, dass es jetzt erst recht Druck von der Straße braucht, da sonst im allgemeinen Kriegstaumel die Entscheidung einfach durchgewunken wird.

Kommen die Reiter der Apokalypse?

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick Von Nadine Strotmann

Dieser Tage überschlugen sich die Ereignisse derartig, dass mir ein prägnantes Bild, ob ich es wollte oder nicht, immer wieder in den Sinn kam. Es ist die biblische Erzählung der vier Reiter der Apokalypse.

In der Offenbarung des Johannes, des prophetischsten Buches des Neuen Testaments, kommen die Reiter der Apokalypse auf die Erde hinab, um das Ende der Menschheit einzuleiten. Der erste Reiter bringt Tod und Pest, der nächste ein Schwert für Krieg, der dritte eine Waage für Teuerung und Hungersnot und der letzte Reiter hält Pfeil und Bogen für Machtmissbrauch der Obrigkeit. Sie sehen, die Analogien könnten nicht passender sein. Naht also das jüngste Gericht? Oder haben sich Klaus Schwab und seine Freunde vom *Great Reset* einfach biblische Inspiration geholt?

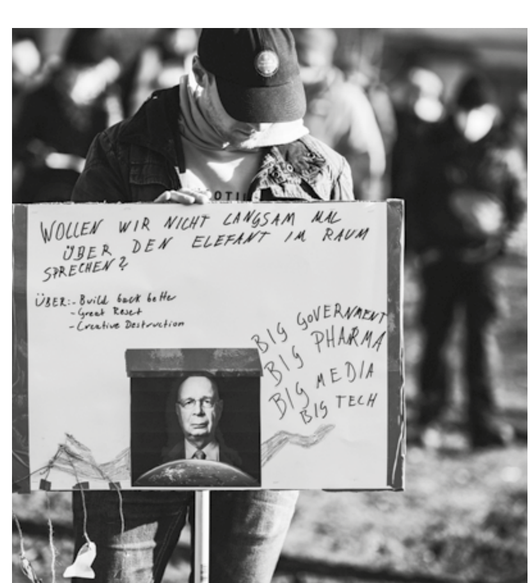
IM EILTEMPO IN DIE NEUE WELTORDNUNG

Die propagandistischen Erzählungen verschmelzen ineinander, überlappen und überdecken sich. Der mediale Angst-Apparat wechselt fließend von Killerviren zu Killerkonvois. Zwei Jahre penetrierte uns die medial-politische Kaste mit der Corona-Seuche: Experten und Politiker warnten vor Tod und Untergang, verbieten uns bis heute das Leben, zwingen gesunde Menschen in gefährliche gentherapeutische Behandlungen, und plötzlich ist einfach Schluss damit. Über Nacht. Killerviren und Mutanten verschwinden im medialen Nirvana. Impfgegner und Corona-Leugner sind alte Feinde, vernachlässigbar, es braucht was Neues an der Front. Und da kommt ein alter Krieg im neuen Gewand doch passend daher. Von einem auf den anderen Tag macht sich der Ukraine-Krieg breit und stiehlt dem Killervirus Corona die Show. Und das, wo es doch gerade spannend wird?

Und während alle auf den Ukraine-Krieg schauen, Lebensmittelketten russischen Wodka aus Solidarität zur Ukraine aus den Regalen verbannen, Deutsche bereitwillig frieren wollen, um auf russisches Gas zu verzichten, das gemeine Volk sogar mit Karl Lauterbach (Gesundheitsminister SPD) wieder für Frieden demonstrieren geht und die Opernsängerin Anna Netrebko gefeuert wird, weil sie sich politisch nicht korrekt äußerte, dann wissen Sie eins: Die Agenda läuft im Hintergrund weiter.

IM SCHATTEN DES KRIEGES GEDEIHT DAS BÖSE

Der Chef der Betriebskrankenkassen (BKK), der kürzlich weitaus höhere Zahlen zu den Nebenwirkungen der Corona-Impfungen veröffentlichte, ist mittlerweile gekündigt. Ein Papier von Pfizer, das neun Seiten über katastrophale Nebenwirkungen der Impfstoffe dokumentiert, wurde nicht autorisiert veröffentlicht. Still und heimlich wurde auch das Arzneimittelgesetz in Deutschland zum Thema Corona verändert: Ärzte haften nicht mehr für Impfschäden, abgelaufene Impfstoffe dürfen verwendet werden, und es gibt keine staatlichen Chargenprüfungen.



Wieso erwähnen die Nato-Medien nicht den Elefanten im Raum? Foto: Sandra Doornbos

Und auch die Vorbereitungen für die internationale Totalüberwachung dank ID2020 laufen auf Hochtouren weiter. Brain Anderson, der Mitbegründer der Vaccine Credential Initiative in den USA (Impfnachweisinitiative, VCI), sagte neulich, dass Impfpasskontrollen auf internationaler Ebene kommen müssen. Von all dem lesen und hören Sie in den Leitmedien nichts. Lassen Sie sich also nicht blenden! Auch wenn die Testpandemie derzeit pausiert, im Hintergrund wird auf oberster Ebene weiter an den Kontrollmechanismen zur Unterwerfung der Menschheit gearbeitet. Bleiben Sie wachsam, damit die Reiter der Schwabschen Apokalypse alsbald im Nichts verschwinden.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



NIEMAND HAT DAS RECHT ZU GEHORCHEN!

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Am 26. Februar 2022 besuchte ich eine Demo in Frankfurt am Main. Erstmals gab es keine Maskenpflicht, eine Befreiung für die Teilnehmer. Die Menschen zogen friedlich und laut durch die Stadt, ohne besondere Vorkommnisse.

Zeitgleich fand in Gifhorn in Niedersachsen eine Großdemo statt, dort wurden FFP2 Masken zur Auflage gemacht. Ich habe diese Maskenpflicht für den Veranstalter vor Gericht angegriffen, erwartungsgemäß ohne Erfolg. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg bestätigte die Entscheidung des Verwaltungsgericht Braunschweig mit den üblichen floskelhaften »Begründungen«, die ich inzwischen auswendig kenne.

Nach meiner Überzeugung wird die Maskenpflicht in Deutschland eine dauerhafte Einrichtung bleiben, es sei denn, die Menschen beginnen irgendwann damit, nicht mehr mitzumachen. Ich bezweifle aber, dass die Deutschen rebellieren werden. Der Blick in die Schulen zeigt, dass die wenigsten aufbegehren und ihre Kinder schützen. Die Deutschen gehorchen und machen mit. Ob sie Richter oder Demonstranten sind, sie wurden zum Gehorsam erzogen, nicht zum Widerstand. Ausnahmen bestätigen die Regel, aber es bleiben doch Ausnahmen.

Es obliegt der Willkür der Versammlungsbehörden, ob man in Deutschland demonstriert oder pariert, da die Gerichte jede Maskenpflicht decken, teils mit irrwitziger Argumentation. Wer unter einer FFP2 Maske »Friede und Freiheit« ruft, protestiert nicht, er gehorcht. Diese Rufe verhallen unter dem Symbol der Unterwerfung. Natürlich gilt das nicht für den Teil derer, die freiwillig mit FFP2 Maske demonstrieren möchten, viele dürften das aber nicht sein.

Ich maskiere mich nicht auf einer Demonstration und ich halte es für falsch, die nächste Generation von Demonstranten zum blinden Gehorsam zu erziehen, weil sie »neu« auf der Straße sind. Entweder wir protestieren oder wir parieren. Ich gehorche diesen Regeln nicht, habe ich nie, werde ich nie. Ich zeige Gesicht und lasse mir das Atmen nicht von wahnsinnigen Versammlungsbehörden, gleichgeschalteten Gerichten und instrumentalisierten Polizisten verbieten.

Wie wird sich der brave Deutsche wohl verhalten, wenn jetzt der neue russische Feind bekämpft werden soll? Wird er wieder folgen? Ich denke ja.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Der angedeutete Freispruch

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

Das kann wirklich jedem Rechtsanwalt einmal passieren: Er steht selbst als Betroffener einer Ordnungswidrigkeit vor Gericht. Und nun ereilte mich dieses »Schicksal« doch tatsächlich in Aschaffenburg.

Hintergrund war eine meiner vielen Tätigkeiten als Beobachter von Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmenpolitik. Am Valentinstag des Jahres 2021 soll ich gegen die beauflagte Maskenpflicht verstoßen haben. Diese wurde seinerzeit für alle Teilnehmer angeordnet.

Nun verhielt es sich aber so, dass ich von der Versammlungsleitung in meiner Funktion als Rechtsbeistand engagiert worden war. Aus gutem Grund: In diesen Zeiten schwebt über jedem Versammlungsleiter das Strafrecht des Versammlungsgesetzes. Polizei und Ordnungsbehörden sind geradezu konditioniert auf Verstöße auf Versammlungen und gerade auf solche der Versammlungsleitung. Um dagegenhalten zu können, war und ist die Anwesenheit von Rechtsanwälten ein durchaus geeignetes Mittel zur Abwendung dieser Gefahr.

Nun begab ich mich am Tag der Liebe auf die gemeinsame Reise mit dem Demonstrationsaufzug durch das schöne Aschaffenburg. Dabei beobachtete ich jedoch den Aufzug außerhalb der ebenfalls beauflagten Markierung – ein von den Ordnern zu tragendes rot-weißes Flatterband – auf dem jeweiligen parallel verlaufenden Gehweg. Und ja, ich trug keine Maske – wie fast alle anderen Passanten auf dem Gehweg auch – denn da herrschte nämlich keine Maskenpflicht.

Bei einer Zwischenstation auf dem Schlossplatz frönte ich dann deutlich hinter der Kundgebungsbühne meinem letzten Laster – dem Tabakgenuss, und wartete auf meinen Einsatz als Redner. Denknotwendig musste ich hierbei die Maske unter das Kinn ziehen, um in den »Genuss« der gesundheitsgefährdenden Substanzen zu kommen.

All dies nahmen die umstehenden Beamten dann zum Anlass, um mich nach der Kundgebung nach meinen Personalien zu fragen, um mir einen Bußgeldbescheid von 250 Euro übersenden zu können. Nach dem Einspruch erfolgte nun die Verhandlung vor Gericht.

Leider hatte es die Richterin unterlassen, Zeugen zu laden und konnte sich so nicht von dem Wahrheitsgehalt meines Vortrages überzeugen. Gleichwohl deutete sie an, dass nach einer Vernahme der Beamten in einer weiteren Verhandlung ein Freispruch durchaus denkbar sei, würde sich denn meine Einlassung dann bestätigen.

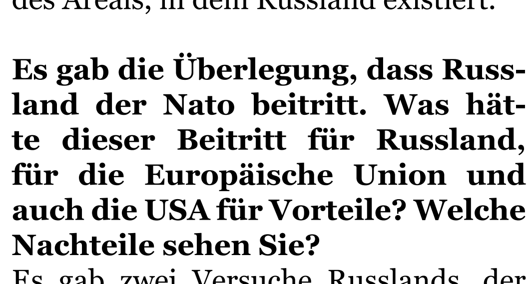
Ich komme gerne wieder zusammen mit meinem Verteidiger nach Aschaffenburg – auf Staatskosten !

»DIE FRONT SIND NUN DIE MENSCHLICHEN ANSICHTEN«

DW-Interview mit dem früheren Militäranalytiker der Roten Armee und heutigen Sprecher der Nachrichtenagentur ANNA, Professor Oberst Anatolij Andrejewitsch Matweijtschuk. | Von Ilja Ryvkin, Moskau

Demokratischer Widerstand: Davon abgesehen, ob es so geplant war oder nicht, was hat Russland davon, in die Ukraine einzumarschieren?
Anatolij Andrejewitsch Matweijtschuk: Man muss sehen, dass es in der Ukraine seit Jahren einen Bürgerkrieg gibt. Dieser Bürgerkrieg spielt sich in den von der russischsprachigen Bevölkerung bewohnten Regionen ab. Diese verstehen sich als Russen und wollen ihre Sprache und ihre Kultur behalten. Ein anderer Teil der Bevölkerung spricht Ukrainisch und hat eine ukrainische Identität. Russland übernahm in der Situation die Verantwortung eines Schiedsrichters. Eine der Seiten, die als Luhansker und Donezker Republik bekannt sind, hat sich an Russland mit einem Hilferuf gewendet, da sie befürchten von den ukrainischen Nationalisten umgebracht zu werden – weil sie Russen sind.





Auf diesen Seiten: Gesichter Russlands gegen die Entmenschlichung des »Feindes«. Alle Fotos: Hannes Henkelmann

Was sollten eigennützige Vorteile sein? Es wohnen in der Ukraine vierzig Millionen Menschen. Falls wir das Land besetzen, müssen wir die Bewohner ernähren, kleiden, die Wirtschaft wiederherstellen. Dazu kommen noch wirtschaftliche Sanktionen. Wie könnte man diese schweren Aufgaben ohne Weiteres unter Sanktionen bewältigen? Abgesehen davon, kann es zu einer Konfrontation mit den Nato-Staaten kommen. Ich spreche in erster Linie nicht von einer militärischen Konfrontation. Eine wirtschaftlich-politische Konfrontation wäre alleine schon schlimm genug.

Der ukrainische Präsident sagte kurz vor Kriegsbeginn, dass er keinen russischen Einmarsch befürchte. Dennoch wurde in den westlichen Medien andauernd ein Einmarsch beschworen. Warum machten die das?
Die westlichen Eliten handeln entsprechend eigener wirtschaftlicher Interessen. Zur Zeit befinden sich die USA in einer tiefen finanziell-ökonomischen Krise. Die USA verlieren monatlich bis zu 25 Prozent des Nationalproduktes. Das ist nicht nur die Folge der sogenannten Pandemie, die Ursachen liegen in strukturellen Widersprüchen amerikanischer Innenpolitik. Das amerikanische Binnenland lebt von wirtschaftlicher Produktion, die Küste aber lebt vom Konsum. So verläuft die Spaltung auch zwischen den von Demokraten und Republikanern dominierten Staaten. Die Probleme sollen nach Europa ausgelagert werden. Kann man diese auf Deutschland auslagern? Man könnte das, aber Deutschland, auch zu Merkel-Zeiten, führt eine ausgewogene Politik, die unter anderem eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland beinhaltet. So wurde ein anderer Aufseher für den europäischen Großraum gefunden, Großbritannien. Von dort stammen die Vorwürfe gegen Russland. Die sind weniger rein militärischen, sondern eher politischen Ursprungs.

Der Westen verlegt zunehmend Truppen in die Region. Handelt es sich in Ihren Augen um einen Einmarsch der Nato-Truppen in die Ukraine?
Wir beobachten, wie die Nato nach dem Jahr 1991 sich aktiv in Europa entfaltet. Früher haben sich die Nato-Kräfte auf das deutsche Bundesgebiet konzentriert. Der Rhein war die Konfrontationslinie zwischen dem Warschauer Pakt und der Nato. Seitdem veränderte sich auch Deutschland. Dort wuchs eine Antikriegsbewegung heran, die gegen die Nato-Präsenz gerichtet ist. So hat die Nato ein anderes Aufmarschgebiet in Osteuropa gesucht und gefunden. Das sind Polen, die baltischen Staaten, Rumänien und Bulgarien. Diese sind bereit, entgegen eigener nationaler Interessen, die Nato-Interessen zu verteidigen. Wenn Russland die Zerstückelung oder eine totale militärische Niederlage droht, wird es sich von nichts abhalten lassen. Es wendet auch Atomwaffen an, um den Nato-Kräften einen maximalen Schaden zuzufügen. Ich glaube nicht, dass es zu einer direkten militärischen Konfrontation kommt.

Gibt es in Russland die Angst vor einem Einmarsch der Nato?
Ja, so eine Angst gibt es in Russland. Nicht vor so etwas Ähnlichem wie es im zweiten Weltkrieg gab, Panzerarmeen gegeneinander, das nicht. Russland befürchtet eine Destabilisierung der Situation an den eigenen Grenzen und die darauf folgende Übertragung der Instabilität auf das eigene Gebiet. Die Nato wird versuchen, gewisse Prozesse der Desintegration in Gang zu setzen. Davor haben wir Angst. Russland wird es nicht zulassen, sein eigenes Recht auf seinem integralen Raum zu verlieren. Auch nicht gegen seine eigenen Lebensinteressen, die geschichtlich gezeichnet sind. Ich meine damit die Geschichte des Zarenreiches, der Sowjetunion und der heutigen Russischen Föderation, des Areals, in dem Russland existiert.

Es gab die Überlegung, dass Russland der Nato beitritt. Was hätte dieser Beitritt für Russland, für die Europäische Union und auch die USA für Vorteile? Welche Nachteile sehen Sie?
Es gab zwei Versuche Russlands, der Nato beizutreten. Einmal, als die Nato sich konstituiert hat, und zum zweiten Mal in den Neunzigern. Dennoch folgte beide Male eine Absage, denn wenn Russland mit seinem militärischen und wissenschaftlichen Potenzial der Nato beitreten würde, würde es die Hegemonie der USA im Bündnis in Frage stellen. Es gab ein Projekt in den Neunzigern, den Plan, einen »Europanzer« auf Grundlage sowjetischer Baupläne in Deutschland zu entwickeln. Es stand auch im Gespräch, einen »Eurofighter« zu entwickeln. Das russische militärwissenschaftliche Potential ist unbestreitbar stark, besonders in den Bereichen der Raumfahrt und der Atomwaffen. Davon könnte ganz Europa profitieren. Die USA würde davon sowohl wirtschaftlichen und finanziellen, als auch politischen Schaden erleiden. So wird die USA nie damit einverstanden sein, Russland in die Nato aufzunehmen.



Nach 1990 war im Gespräch, dass eine neue »Sicherheitsarchitektur« in Europa aufgebaut werden sollte, die nicht mehr auf dem Denken in Blöcken aufbaut. Wie könnte so eine Sicherheitsarchitektur aussehen? Nach dem Zerfall der Sowjetunion, ging es darum, ein »großes Europa von Großbritannien bis Kamtschatka« zu etablieren. Damals hat man Russland als einen gleichwertigen Partner betrachtet. Leider veränderte sich die Lage, besonders seit dem Jahr 2008, als die Nato unmittelbar an die russische Grenze heranrücken wollte. Ich meine konkret die Ereignisse in Georgien, die den Anfang der Konfrontation setzten.

Ob das Thema immer noch aktuell ist?
Warum nicht? Erstmal muss Europa mit seinen eigenen souveränen Interessen ins Reine kommen. Das vereinigte Deutschland muss sich ebenso betrogen fühlen, da es nicht die versprochene Souveränität bekommen hat. Einen Abzug amerikanischer Truppen darf die deutsche Regierung nicht fordern. Sogar die finanziellen Schätze Deutschlands befinden sich in den USA, denn den Amerikanern liegt es nah, die Hand darauf zu haben. Auch Frankreich fühlt sich benachteiligt. Es sollte für Australien U-Boote herstellen, was nicht stattgefunden hat.

Dazu kommt als Letztes noch ein Projekt des damaligen Präsidenten Großbritanniens Winston Churchill, der schon im Jahre 1946 über die Vereinigten Angelsächsischen Nationen sprach. So sollten USA, Großbritannien, Australien, Kanada und Neuseeland den Kern einer neuen Weltordnung bilden, die sich gegen Kontinentaleuropa, Russland und China stellt. Falls sich Europa mit Russland zusammenschließt, würden sie dazu einen Gegenpol bilden. Diese Ordnung würde den Interessen der meisten europäischen Völker entsprechen, mit der Ausnahme einiger Länder, die auf ihre eigene Souveränität verzichtet haben, zugunsten dessen, amerikanische Satelliten zu werden.

In einigen Kreisen werden gerade ernsthaft gewisse Prophezeiungen diskutiert. Nach diesen soll es 2022 einen überraschenden und sehr schnellen Vorstoß Russlands nach Westen geben, der auf der Höhe Kölns und Münchens zum Stehen kommt. Ich frage nicht ernsthaft, ob das jetzt wirklich bevorsteht, aber liegen solche Pläne vielleicht doch irgendwo in russischen Schubladen?
Nein, ich habe nie solche Karten gesehen, mehr noch: Nach dem Zerfall der Sowjetunion hat Russland nie solche Pläne geschmiedet. Sagen Sie bitte, wozu sollte Russland in das alte dicht

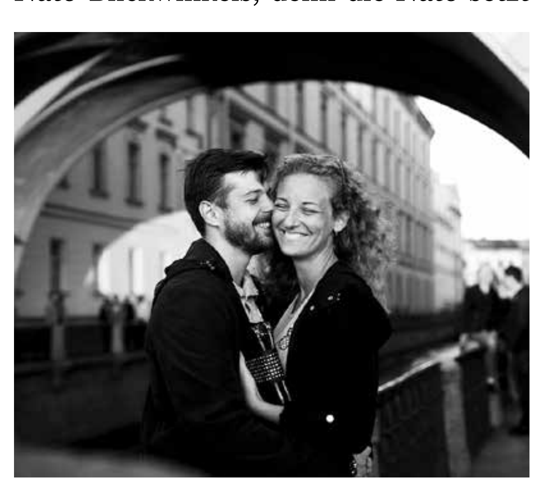
besiedelte Europa eindringen? Russische Panzer und Raketen würden dieses alte hochentwickelte Europa zerstören. Und was dann? Das europäische Potential wiederherstellen, so wie es nach dem Zweiten Weltkrieg war? Es liegt uns viel näher, mit den europäischen Völkern wirtschaftlich zusammenzuarbeiten. Kredite nehmen und vergeben, Gas verkaufen, Kraftwerke bauen zugunsten unseres ganzen gemeinsamen europäisch-russischen Raumes. Die Geschichte lehrt: Wir wohnen zusammen, arbeiten zusammen, streiten, schließen wieder Frieden: Russen, Deutsche, Polen ... Es ergibt keinen Sinn für die Russen, unser gemeinsames Zuhause zu zerstören.

Daran anschließend die Frage: Wie würde das mittlere Europa – also Deutschland, die Benelux-Staaten, Polen, Österreich und Tschechien – in einem eskalierenden Konflikt zwischen der Nato und Russland betroffen sein? Gibt es Pläne bei den USA und Russland für einen sogenannten »nuklearen Sperrkordon«?
Nein, leider gibt es heutzutage keine aktuellen Pläne dafür. Obwohl Russland es schon vorgeschlagen hat, die nuklearen Potentiale gegenseitig zu reduzieren, will die USA prinzipiell uns dabei nicht entgegenkommen. Ich nenne ein Beispiel: die Ramstein *Air-Base* in der Pfalz. Dort stationieren die Amerikaner Flugzeuge, die fähig sind mit taktischen Atomwaffen Russland anzugreifen. Was sich dort befindet, ist uns bekannt aus den Quellen der militärischen Intelligenz, eventuell auch von einigen europäischen Partnern, die nicht daran interessiert sind, dass die Atomwaffen sich dort weiterhin befinden.

Die Nato-Militärdoktrin: Die Nato ist demnach bereit, einen präventiven Schlag auf die Ziele in Russland durchzuführen. Laut der russischen Militärdoktrin kann darauf nur ein Vergeltungsschlag folgen. Das bedeutet aber nicht unbedingt, dass die Nato den Erstschlag tätigt und dann erst Russland mit einem Gegenschlag antwortet. Die Situation auf Ramstein wird sekundengenau aus Russland verfolgt. Falls dort die Entscheidung getroffen wird, einen Atomschlag zu tätigen, folgt dem unmittelbar ein Gegenschlag. Die beiden können sich sogar irgendwo in der Luft treffen und dann weiter ihre tödliche Aufgabe verfolgen. Es ist das Zentrum Deutschlands, das Zentrum Europas. Es gibt dort Wälder, Flüsse. Stellen wir uns einen Atomschlag auf diesem Gebiet vor: Im Umkreis von 30 Kilometern stirbt alles, sogar Ameisen, im Umkreis von 50 Kilometern wird noch hundert Jahre nichts wachsen, nicht einmal Gras. Das wäre eine nukleare Katastrophe für Europa.

Die gleiche Katastrophe wird auch in Russland passieren, dennoch müssen wir in Betracht ziehen, dass Russland über riesige Räume für jegliche Manöver und ebenso riesige Ressourcen verfügt. Europa hat diese nicht, es ist relativ klein und dicht besiedelt. Somit kann Europa zur Geisel einer nuklearen Auseinandersetzung zwischen fremden Mächten werden, Russland und den USA. Anhand der Daten, die mir zur Verfügung stehen, befinden sich die amerikanischen nuklearen Waffen in Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Italien und in der Türkei. So kann praktisch das ganze Europa zu einer Zielscheibe für nukleare Schläge werden.

Im Kern der Europäischen Union, also in Frankreich und auch in Deutschland, haben immer mehr Menschen keine Lust mehr auf die transnationalen Strukturen EU und Nato. Welches Angebot machen Sie als sogenannter Kreml-naher Journalist und Militärexperte diesen Menschen Europas? Wie verbessert sich ihr Alltag durch eine Annäherung an Russland?
Die sogenannte transatlantische Einheit unter einem gemeinsamen »Sicherheitsschirm« hinterlässt schlimme Folgen für die Volkswirtschaften von Kontinentaleuropa. Zuerst beraubt sie die Europäer ihrer Souveränität. Diese Länder sind unfähig, eigene Strategien zu entwickeln. Sie tun es anhand des Nato-Blickwinkels, denn die Nato setzt



die Grundrichtungen für ihre Politik. Die Nato fordert von den Mitgliedstaaten erhebliche Investitionen.

Sie haben es richtig bemerkt, es gibt in den Kernländern spürbare Kräfte, die meinen, sie bräuchten das alles nicht. Das neue Sicherheitssystem im 21. Jahrhundert braucht keine militärpolitischen Allianzen, eher wirtschaftliche Allianzen. So ist Russland bereit, sich den Europäern zur Seite zu stellen. Denken Sie an die russischen Bodenschätze: die Energieträger Nickel, Kobalt, seltene Metalle. Russland würde auf der Grundlage gegenseitigen Profits mit den europäischen Partnern Handel betreiben. Ich würde mir vorstellen, dann würde Gas für den deutschen Endverbraucher keine 1.000 Euro pro 1.000 Kubikmeter mehr kosten. Dazu würde noch der Technologieaustausch kommen. So eine Zusammenarbeit würde dem ganzen Kontinent einen Schub geben.

In Deutschland werden Russland Menschenrechtsbrüche vorgeworfen. Es heißt, man solle deshalb auch in der Energieversorgung unabhängig von Russland sein und schloss deshalb erst vor Kurzem einen *Deal* mit dem Präsidenten von Aserbaidschan. Dem Land werden Kriegsverbrechen im Konflikt um die Region Bergkarabach vorgeworfen. Wie bewerten Sie diese Vorwürfe?
Erstmal zum Argument, dass falls Deutschland Gas aus Russland bezieht, es von Russland abhängig sei. Und wenn es das verflüssigte Gas aus Amerika beziehen würde, ist es dann von den USA abhängig? Natürlich ist Aserbaidschan ein bemerkenswertes Land. Das Verwaltungssystem dort ist recht autoritär. Die Vorwürfe, Aserbaidschan verübe Kriegsverbrechen kann ich nur



bestätigen. Ich bin Zeuge davon. Dennoch fährt die Politik im amerikanischen Fahrwasser.

Amerika übt Druck auf Deutschland aus, Deutschland schließt Verträge mit Aserbaidschan ab. Dazu kommt aber die praktische Umsetzung: Wie ist es günstiger und sicherer? Die Gasleitung aus Russland wäre 700 bis 800 Kilometer lang, die Leitung aus Aserbaidschan wäre dagegen 2.000 Kilometer lang. Solch ein hochentwickeltes Land wie Deutschland kann das Gas nicht nur verbrauchen, sondern auch an andere europäische Länder weiterverkaufen. Es wäre für Deutschland nicht nur profitabel, sondern würde ihm auch eine zusätzliche Machtposition in Europa verleihen.

Und daran anschließend: Kennen Sie eine Situation, in der Präsident Putin vor den Helmen seiner getöteten Feinde posiert?
Falls Sie die Bilder von dem aserbaidschanischen Präsident Ilham Alijew meinen, nein, solche Bilder von Putin kann ich mir nicht vorstellen. Ich kann mich noch erinnern, als Putin zur Münchener Sicherheitskonferenz gefahren ist. Dort hat er gesagt, es sei kein Glück auf Kosten des Unglückes anderer Völker möglich. Er hat dabei perfekt Deutsch gesprochen, was zeigt, dass er ein politisch und diplomatisch gebildeter Mensch ist, kein Barbar. Wenn er spricht, dann argumentiert er mit überprüfbaren Tatsachen.

Sie waren beim russischen Militär und Geheimdienst. Nun arbeiten Sie bei Anna-News. Ist diese Arbeit für Sie eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln?
In der heutigen Zeit ist Information ein mächtiger Strom von Kenntnissen und Fähigkeiten. Als Offizier bin ich sehr diszipliniert, was mein Handeln angeht. All meine Taten dienen dazu, meinem Land, Russland, zu dienen. Daraus folgt nicht, dass ich die Information dazu benutze, anderen Menschen zu schaden. Ich will nur dazu beitragen, dass jeder den Überblick darüber bekommen kann, wovon er nicht in Kenntnis ist. Es passierte zum Beispiel auf dem Donbass der Genozid des russischen Volkes. Einige deutsche Politiker meinen dazu, das sei lächerlich. Ich kann nicht verstehen, was lächerlich daran sein soll, wenn Kinder und alte Leute umgebracht werden. Man sagt, es sei ein Befreiungszug der ukrainischen Armee gewesen. So bin ich in gewisser Weise immer noch an der Front, aber die Front sind nun die menschlichen Ansichten.



Oberst Anatolij Andrejewitsch Matweijtschuk (im Bild links) im Interview mit dem unabhängigen DW-Korrespondenten und Berliner Bühnenautor Ilia Ryvkin in den Räumen der Moskauer Presseagentur ANNA, wohin Ryvkin Fragen von DW-Co-Chefredakteur Hendrik Sodenkamp mitbrachte.

Oberst Anatolij Andrejewitsch Matwejtschuk ist Professor der Moskauer Militärakademie, Oberst der Roten Armee mit Kampferfahrung in den Streitkräften, ehemaliger Geheimdienstoffizier. Matweijtschuks Lebenslauf verzeichnet unter anderem die Leitung einer Spezialeinheit während des Afghanistaneinsatzes in den 1980er Jahren, wo er verwundet wurde, und geheimdienstliche Tätigkeiten im syrischen Aleppo. Seine Verdienste wurden mit zwei Orden des Roten Sterns und zwei Orden der Republik Syrien verzeichnet. Zur Zeit leitet er die militäranalytische Abteilung der Presseagentur ANNA News.

+++ Eine Videoaufzeichnung des Gespräches finden Sie exklusiv auf demokratischerwiderstand.de/presseklub. +++

»Dieser Krieg fing schon 2014 an«

oder »Wie grüne Männchen ein Blutbad verhinderten« | Von Hannes Henkelmann

Am Telefon begrüße ich den Dokumentarfilmer und Medienwissenschaftler Wilhelm Domke-Schulz. Seit Jahren beschäftigt er sich mit dem Ukraine-Konflikt und der Situation in den Volksrepubliken Donezk und Luhansk.

Seine erste Ukraine-Dokumentation »Remember Odessa« gewann zahlreiche Preise, die zweite Doku »Leben und Sterben im Donbass« wird gerade geschnitten. Domke-Schulz berichtet im ersten Teil des Interviews über den Maidan-Protest, den Putsch in Kiew, sowie über russophobe Freischärler und das Referendum auf der Krim.

An welcher Stelle der Geschichte wollen wir einsteigen, Herr Domke-Schulz?
Natürlich mit der EU-Beitrittserklärung, die der damalige ukrainische Präsident Janukowytsch 2013 aus gutem Grund nicht unterschreiben wollte. Denn diese hätte die Ukraine dazu verpflichtet, sich wirtschaftlich ausschließlich gen Europa zu orientieren und die Geschäfte mit Russland auszusetzen, obwohl diese 80 Prozent des Handelsvolumen ausmachten.

Daraufhin begannen die Maidan-Proteste der Studenten, die sich eine Annäherung nach Europa wünschten. Nur leider mischten sich in relativ kurzer Zeit rechtsradikale und paramilitärische Gruppen darunter. Diese haben die Maidan-Bewegung übernommen und deren Charakter gedreht, vom friedlichen Protest zur militanten, extremistischen Revolte. Die Tagesschau zeigte allerdings nur friedliche Demonstranten. Da fing die große Lüge an.

Worüber hätten unsere Leitmedien denn unbedingt berichten müssen?
Die Liste ist endlos. Erstens, dass es zu der Zeit in Kiew zwei Protestlager gab. Eins auf dem Maidan, das gegen die Regierung demonstrierte, und eins im Mariinsky Park, wo die Janukowytsch Anhänger ein Anti-Maidan-Lager organisiert haben. Zweitens, dass die radikalen Maidan-Gruppen dieses Lager gestürmt haben, wobei mindestens ein Dutzend Menschen ums Leben kamen. Sie wurden ermordet, weil sie für die Regierung demonstriert hatten. Nicht zu fassen. Und drittens, dass die Menschen, die nach der Auflösung des Lagers mit Bussen wieder nach Hause fuhren, erneut von den Faschisten überfallen wurden. Ein Fahrer wurde erschossen, Busse in Brand gesetzt, insgesamt gab es über 20 Tote zu beklagen.


Der Medienwissenschaftler Wilhelm Domke-Schulz in seinem Element. *Foto: Hannes Henkelmann*

Und dann kam es zum Putsch. Wie ist der abgelaufen?
Präsident Wiktor Janukowytsch hatte sich von dem damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier und dessen Kollegen aus Frankreich und Polen täuschen lassen. Janukowytsch glaubte an den ausgehandelten Plan für eine Lösung der ukrainischen Krise und zog die Polizei vom Maidan ab, worauf die militanten Gruppen umgehend das Parlament stürmten. Sie haben die Regierungsabgeordneten zum Teil verprügelt, vor und in der Rada (Oberster Rat) wohlgemerkt, ihnen die Abstimmungskarten entwendet und dann in einer verfassungswidrigen Abstimmung den Präsidenten Janukowytsch – ohne erforderliche Mehrheit – abgesetzt. Aber keiner hat im Westen darüber berichtet, dass sich eine russophobe, faschistoide Minderheit an die Macht geputscht hat.

Es wird Zeit, sich diese Verbrecher näher anzuschauen! Mir ist es wichtig klarzustellen, dass damals wie heute nicht die ukrainische Armee in vorderster Linie kämpft, sondern dass dort die rechtsradikalen Freischärler zu finden sind. Viele standen bei Oligarchen in Lohn und Brot, haben in Hundertschaften auf dem Maidan begonnen. Sie sind ohne militärische Ausbildung, aber mit hochwertigem Material ausgestattet. Das berüchtigte Asow-Battalion ist zum Beispiel mit modernen Panzerwagen aus den USA ausgerüstet worden. In ihrer militärischen Tradition berufen sie sich auf die SS-Division Galizien, und auf ihren Webseiten schreiben sie ganz offen, dass sie das ganze Land ukrainisieren und alles russische verdrängen wollen. Also auch die russische Kultur und die russische Sprache. Das solche Aussagen, verbunden mit den Morden im Mariinsky Park und den Anschlägen auf die Busse, die russische Bevölkerung in der Ukraine aufgebracht hat, ist wohl nur allzu verständlich.

Und wie ging es chronologisch weiter?
Am 22. Februar 2014 gab es in der ostukrainischen Stadt Charkow eine Konferenz, an der 2.000 Bürgermeister und Gouverneure aus der Ost- und Südukraine teilgenommen haben. Am Ende wurde die neue Regierung für verfassungswidrig, antidemokratisch und nationalistisch erklärt, und angekündigt, sich dieser nicht weiter zu unterstellen, weil sie illegal wäre. Das war quasi der Beginn des Widerstandes in der Region.

Kurze Zeit später beschloss das Parlament der Autonomen Republik Krim, ihre Bürger in Form eines Referendums zu befragen, ob sie die neue Regierung in Kiew anerkennen beziehungsweise sich unterstellen wollen. 150 ausländische Wahlbeobachter wurden eingeladen, und diese haben keine Unregelmäßigkeiten beim Referendum vermeldet. Sie sprachen von einer entspannten Atmosphäre, alle Wahlberechtigten hätten ihre Stimme ohne Hindernis abgeben können. Die Wahlbeteiligung lag übrigens bei 83 Prozent, und 96,77 Prozent haben für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt.

Erwähnenswert ist noch, dass Kiew den auf der Krim stationierten ukrainischen Soldaten den Befehl erteilt hatte, das Referendum unter allen Umständen zu verhindern, quasi ein Schießbefehl. Doch haben gut ausgebildete Männer in grünen Uniformen, wohlgemerkt ohne Abzeichen, alle Zufahrten zu den Kasernen blockiert und somit ein Blutbad verhindert.

Teil 2 des Interviews mit Wilhelm Domke-Schulz erscheint in der 82. Ausgabe des DW.


Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

KLARE KANTE STATT KUSCHELKURS

Ich wollte mal sagen, dass mir die klare Ansage des Demokratischen Widerstands sehr gut gefällt. Viele Menschen, z. B. aus Pflegeberufen, sind zwar verärgert, aber eiern immer noch freundlich rum, halten sich in Diskussionen über deren Verwirrungsterror auf und halten »den Feind« für keinen. Ich bin dann immer fast am Platzen und denke, was brauchen die eigentlich noch, um verkommen, verkorkst, grausam, böse von seinem Gegenteil unterscheiden zu können? Ich fand schon immer Ken Jebsen mit seiner Empörung wohltuend und auch den Demokratischen Widerstand und alle anderen, die mit »den Feinden« nicht kuscheln, sondern klare Kante zeigen und sie demaskieren. Liebe Grüße
– Sabine

ANGLIZISMEN SIND EIN NO-GO! (AUF DEUTSCH: ANGLIZISMEN GEHEN GAR NICHT!)

Ich bin begeisterter Leser und Abonnent des DW. Danke für die guten Artikel. Ich möchte aber eine Kritik anbringen, worüber ich mich unglaublich ärgere. Unterliegen Sie eigentlich dem Irrglauben, dass man nur international denken kann, wenn Anglizismen von Ihnen verwendet werden? Das ist für mich nicht akzeptabel. Ich bin der englischen Sprache nicht mächtig. Von einer Zeitung erwarte ich, dass sie die Muttersprache verwendet. Es hat auch mit menschlichem Respekt dem Leser gegenüber zu tun. Mit freundlichen Grüßen
– Ludger K.

DW UNERWÜNSCHT

Wir hatten bereits im letzten Jahr gebeten, künftig vom Einwurf Ihrer Zeitung abzusehen. Wir erbitten nochmals auf diesem Weg, einen Einwurf für das gesamte Haus zu unterlassen!
– Denise K., Amberg

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK AUF SEITE 3?

Ehrlich, ich liebe Euch, aber Eure Grafik ist seit 2 Jahren (also seitdem ich Euer Abo habe) grottenschlecht. »Was zeigt die medizinische Grafik?«, fragt Ihr immer treuherzig und ich sage Euch: nix. Jetzt seid Ihr so groß geworden, jetzt leistet Euch endlich eine vernünftige Darstellung.
– Mrs. Most

Meine gutgemeinte Kritik: Ich bin zwar vom Fach, aber aus der Grafik ist kaum etwas zu entnehmen, nicht nur, weil die Zeichen zu klein und verschwommen sind. Nein, die eigentliche *Message* ist – selbst für mich als Professorin – kaum ablesbar. Die Grafik an sich ist wichtig, aber die Darstellung nicht gelungen. Vielleicht wäre eine Balkendarstellung und konkrete Benennung besser oder zumindest ein eindeutiger Kurvenverlauf? Sie machen einen tollen Job! Vielen Dank! Mit lieben Grüßen
– Julietta F.

Was bedeutet Russlands Krieg für Deutschland?

Russlands Intervention in der Ukraine ist ein Bruch des Völkerrechts. Aber ist es besonders schlau, jetzt noch weiter Öl ins Feuer zu gießen? | Von Hermann Ploppa

Was ist los in Deutschland? Ein antirussisches Fieber hat weite Teile der deutschen Bevölkerung erfasst. Einen Unterschied zu machen zwischen der russischen Regierung und den in Deutschland lebenden Russen und Deutsch-Russen scheint gar nicht intendiert zu sein. Unsere Auszubildende an der Spitze des Außenministeriums Annalena Baerbock faselt sogar davon, »Russland zu ruinieren«. Und Bundeskanzler Scholz, bislang eigentlich immer noch bemüht, den Gesprächsfaden mit Russland aufrecht zu erhalten, macht die Schleusen zum Totalen Krieg ganz weit auf: Es sollen aus dem Stand weitere 100 Milliarden Euro aus deutschen Steuerzahlermitteln für den Krieg gegen Russland locker gemacht werden.

Hurra! Das rechte Bein haben wir uns schon mit Corona-Maßnahmen abgesägt. Da sorgen wir doch für die richtige Symmetrie, indem wir uns mit dem Krieg gegen Russland auch noch das linke Bein absägen. Keine Frage: Deutschland hat fertig.

Noch einmal: Die nationale Selbstbestimmung eines Staates ist heilig und nicht verhandelbar. Das gilt selbstverständlich auch für die Ukraine. Das ist festgeschrieben in der Charta der Vereinten Nationen (UNO) Artikel 2, Nummer 1. Und Artikel 2, Nummer 4 verbietet, dass ein Staat einem anderen Staat Gewalt antut. Wir erinnern uns: In den letzten 70 Jahren hat die westliche Wertegemeinschaft diese beiden UNO-Regeln unablässig gebrochen. Es gab immer andere faule Ausreden, um völkerrechtswidrig in andere Staaten einzubrechen. Da hat ein Diktator eine Minderheit übel gequält. Also muss doch der Westen eingreifen. Das heißt dann: »humanitäre Intervention« oder als neuer Werbespruch für illegale Angriffe: »Schutzverantwortung«.

DIE REGELN MACHT DER WESTEN

Und wo sich partout keine triftigen Vorwände für die Verletzung der nationalen Souveränitätsrechte finden ließen, da haben dann private Öffentlichkeitsarbeit-Firmen Vorwände wie die Brutkastenlüge oder serbische Konzentrationslager aus dem Hut gezaubert. Es ist natürlich ein Verstoß gegen die »regelbasierte« Ordnung des Westens, wenn Präsident Putin die Sicherheit der Bürger in den von der Ukraine abgespaltenen Donbass-Republiken im Rahmen der vom Westen so oft proklamierten Schutzverantwortung für sich in Anspruch nimmt. Die russische Regierung beansprucht für sich, dass sie einen seit acht Jahren währenden Krieg der Ukraine gegen die Bürger im Donbass mit einer punktuellen Militäraktion beendet. Nun befinden sich russische Truppen bereits im Kernland der Ukraine. Das ist extrem riskant. Schon jetzt hat der Westen 650 Milliarden Euro, die die russische Sberbank im Westen abgelegt hat, gesperrt. Alle Vasallen der USA tun ihr Bestes, um Russland ins Elend zu katapultieren. Wohlgemerkt: Die Mehrheit der Staaten auf diesem Globus, einschließlich amerikanischer Staaten, beteiligt sich nicht an diesem obszönen Vabanquespiel der US-Vasallen.

PUTIN STECKT IN DER ZWICKMÜHLE

Trotzdem: Warum riskiert der russische Präsident Wladimir Putin mit dem Ukraine-Abenteuer eine Zweitauflage des Afghanistan-Desasters der Sowjetunion? Russland befindet sich in einer Zwangslage. Es stemmt sich gegen ein atomares Bedrohungsszenario, das der Westen präzise wie einen Zeitzünder abspult. Denn hinter der Ebene des hehren Völkerrechts grinst die zynische Fratze der Realpolitik. Realpolitik heißt im Falle Russlands: Es ist schon seit über 150 Jahren das erklärte Ziel der Westmächte, sich die eurasische Kontinentalplatte unter den Nagel zu reißen. Ob mit dem englischen Geopolitiker Halford Mackinder oder dem Wichtigtuer-Politologen George Friedman: Immer geht es darum, Russland zu zerschlagen und sich die immensen Bodenschätze selber anzueignen. Wobei potentielle Konkurrenten wie Deutschland aus dem Weg geräumt werden müssen. Das ist der rote Faden in der Weltpolitik – und alles andere ist hier nur schmückendes Beiwerk. Nach der Auflösung der Sowjetunion wurden die Pufferstaaten des Warschauer Pakts in die westliche Einflusssphäre überführt und schrittweise in die Nato aufgenommen. Damit verkürzt sich auch der Anmarschweg für westliche Truppen in die russische Föderation.

Präsident Putin hat nun in seinen letzten Ansprachen immer wieder deutlich gemacht, dass das Zeitfenster für eine Verteidigung Russlands gegen eine geplante Einkreisung mit westlichen Atomwaffen immer schmaler wird. Aus der Sicht vieler Russen hat Putin entschieden zu lange gezögert, diese kommende Bedrohung energisch zurückzuweisen. Die kommende Bedrohung heißt: In Deutschland sind in dem Örtchen Büchel amerikanische Atombomben gelagert. Die werden jetzt gegen eine neue, wirkungsvollere Generation von Atombomben ausgetauscht. Diese Atombomben müssen ja auch irgendwie nach Russland geschossen werden. Dafür haben die USA neue Boden-Boden-Raketen des »Dark Eagle-Systems« entwickelt.

Baerbock (Bündnisgrün) und US-Falke: Sieht komisch aus, ist aber mörderisch.
Collage: DW/Jill Sandjaja

ATOMARE BEDROHUNG DURCH DIE USA

Ein Dark Eagle-System besteht aus vier riesengroßen LKWs. Auf jedem LKW sind zwei Boden-Boden-Raketen positioniert. Diese Raketen können die atomaren Sprengköpfe der Generation B61-12 in vierfacher Schallgeschwindigkeit in wenigen Minuten in russische Metropolen wie Moskau katapultieren. Der Zeitraum bis zum Einschlag in Russland wird noch dadurch verkürzt, dass diese Dark Eagle-Transporter immer an der russischen Grenze hin und her fahren werden. Es besteht also in Zukunft auch kein Zeitfenster mehr, in dem solche Erstschläge noch abgewendet werden könnten.

Die russische Gegenseite kann in diesem Augenblick nur noch zum atomaren Gegenschlag ausholen. Vom russischen Gegenschlag würden allerdings nicht die USA betroffen sein. Zentraleuropa, also vor allen Dingen Polen und Deutschland, würden dann kurzerhand atomar in Mondlandschaften umgewandelt. Dass die USA die atomare Auslöschung Deutschlands billigend in Kauf nimmt, hat sich schon im Jahre 1987 bei dem virtuellen Nato-Manöver »WINTEX/CIMEX« im damaligen Regierungsbunker Ahrtal erwiesen. Bei diesem Planspiel wurden als Antwort auf einen angenommenen russischen Angriff die Städte Hamburg und Dresden vom Westen selber atomar auf dem Reißbrett ausgelöscht.

Damals hatte Bundeskanzler Helmut Kohl noch das Format, seine Leute aus dem Nato-Manöver abzuziehen. Denn welchen Wert haben Verteidigungsmaßnahmen, wenn es nichts mehr zu verteidigen gibt? Die Generation Dark Eagle im geplanten Nuklearkrieg gegen Russland wurde vor kurzem in den USA erprobt und soll bis Ende 2023 an der russischen Grenze in Osteuropa aufgestellt werden. Das heißt: Bevor den Russen das Messer an die Kehle gesetzt wird, holt Putin zum Befreiungsschlag aus. Angesichts der geschilderten Bedrohungslage wäre es zynisch, den Russen das Recht auf Selbstverteidigung abzusprechen.

AUFSTEHEN FÜR FRIEDEN

Was bedeutet das für die deutsche Friedensbewegung? Selbstverständlich heißt das alles nicht, dass man den Bruch des Völkerrechts durch Russland bejubelt. Es bedeutet aber ganz klar, dass wir gegen die atomare Aufrüstung gegen Russland von unserem Boden aus mindestens genauso energisch aufstehen müssen, wie es damals bei der so genannten Nachrüstung mit Pershing-Raketen Anfang der 1980er Jahre der Fall war. Auf die Parteien und ihre Politiker brauchen wir dabei nicht zu setzen.

Es hat sich aber eine selbstverantwortete Bürgerbewegung gerade neu formiert im Kampf gegen die Corona-Maßnahmen. Diese Bewegung umfasst schon jetzt Millionen neu erwachter Mitbürger und sie kann sich selber organisieren. Und selbstverständlich umfasst der Kampf gegen die Corona-Diktatur auch den Kampf gegen die nukleare Bewaffnung gegen unsere östlichen Nachbarn. Das wird auf breiter Front auch schon in die praktische Politik umgesetzt. Lassen wir die korrumpierten Politiker links und rechts liegen. Führen wir unseren eigenen Kampf für Demokratie und Frieden.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Ukraine: ein gescheiterter Staat

Seit Neuestem wird darüber nachgedacht, die Ukraine möglicherweise in die Europäische Union aufzunehmen. Doch ist das östliche Land wirklich fit für die EU? | Von Hermann Ploppa

Die Tagesschau wusste in ruhigeren Tagen folgendes über die Ukraine zu berichten: »Angesichts des Rohstoff-Reichtums der Ukraine könnte es verwundern, dass das Land wirtschaftlich nicht viel besser dasteht. Doch Misswirtschaft, veraltete Strukturen, Korruption und die jahrelange Abhängigkeit von Russland haben immer wieder die Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Wirtschaft gebremst.«

In der Tat. Die Ukraine ist voller natürlicher Reichtümer. Dennoch steht die Ukraine in den Statistiken denkbar schlecht da. Der zugegebenermaßen fragwürdige »Index der menschlichen Entwicklung« sieht die Ukraine erst auf Platz 74 – also eher im Bereich von Entwicklungsländern. Die Stundenlöhne in jenem Land sind mit 2,20 Euro die mit Abstand niedrigsten in Europa. Kein Wunder, dass viele Ukrainer ihr Geld in Russland oder Polen verdienen müssen. Und was die Leute daheim in der Ukraine verdienen, geht zum allergrößten Teil in laufende Kosten wie zum Beispiel Wohnungsmiete.

Nur 17,6 Prozent der Löhne können für Konsum ausgegeben werden. Wobei es ein auffälliges West-Ost-Gefälle gibt. Je weiter östlich die Menschen wohnen, umso vergleichsweise höher sind die Löhne. Am meisten Geld verdienen die Leute in den beiden abtrünnigen Republiken Luhansk und Donezk. Wer kann, baut sich Lebensmittel im eigenen Garten an. Denn Löhne und Renten werden, wie im Russland des ehemaligen Präsidenten Boris Jelzin, chronisch verspätet ausgezahlt. Da helfen die eigenen Kartoffeln über das Gröbste hinweg.

VON EINER ABHÄNGIGKEIT IN DIE NÄCHSTE

Die große Entwicklungslinie der ukrainischen Wirtschaft ist von dem Bemühen geprägt, sich von Russland abzukoppeln und sich in den Westen zu integrieren. Das ist aber ein äußerst schmerzhafter Prozess. Denn seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion war die Ukraine auf Geldspritzen durch den Internationalen Währungsfond (IWF) angewiesen. Und der IWF hatte anfangs eine brutale »Schock-Strategie« auch der Ukraine verordnet – mit der Folge, dass das Bruttoinlandsprodukt zwischen 1992 und 1995 um 60 Prozent geschrumpft ist.

Die zunehmende Abhängigkeit von westlichen Wirtschaftszyklen machte sich auch in der Finanzkrise im Jahre 2008 bemerkbar. Die Wirtschaft schrumpfte 2009 infolge dessen um 15 Prozent, Exporte schrumpften um 40 Prozent, und die Reallöhne verminderten sich um zehn Prozent. Nach dem brachialen Regierungswechsel im Jahre 2014 gewährte der IWF erneut einen Kredit in Höhe von 13 Milliarden Euro. Zu den harten Bedingungen gehörte, dass der Staat seine Sozialausgaben drastisch einschränkte und dass das Renteneintrittsalter nach oben verschoben wurde.

Es nützte alles nichts. Der IWF musste später noch einmal 5,5 Milliarden in das gebeutelte Land pumpen. Zudem vergab die EU 20 Milliarden Euro, die USA eine Milliarde Dollar und die Bundesregierung spendierte 500 Millionen Euro. Doch das ist ein Fass ohne Boden. Daran änderte auch ein Assoziierungsabkommen mit der EU gar nichts. Die Corona-Politik musste die Ukraine mit allen Härten des Niederschlusses ebenfalls ertragen. Mit der Folge, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2020 erneut auf 151,5 Milliarden Dollar zusammenschrumpfte.

ARBEITSLOSIGKEIT UND KORRUPTION

Die Arbeitslosigkeit stieg im Jahre 2020 auf 9,2 Prozent und 2021 auf 9,8 Prozent an. Wer Arbeit hat, verdient im Schnitt 412 Euro im Monat – und das bei einem Preisniveau wie in reicheren Ländern. Hier macht sich noch der dramatische Einnahmenverlust des Staates bemerkbar. Seit dem November 2021 gingen etwa zwölf Milliarden Euro durch Kapitalflucht verloren. Um gegen die grassierende Geldwäsche vorzugehen, verstaatlichte die Regierung im Jahre 2016 die *Privat Bank* der Oligarchen Ihor Kolomoiskij und Hennadij Boholjubow. Durch die *Privat Bank* wurde ständig Geld am Fiskus vorbei nach Lettland verschoben.

Die Inflation liegt aktuell bei elf Prozent. Ungeachtet der wirtschaftlichen Stagnation und der massiven sozialen Schieflage wird auf Druck aus dem Wertewesten die Ukraine zu einer Waffenschmiede ausgebaut. In dem staatlichen Rüstungskonglomerat Ukroboronprom sind über 130 Industriebetriebe mehr oder minder freiwillig zusammengefasst worden. Auch die legendären Antonov-Flugzeugwerke sind in diesem militaristischen Ungetüm aufgegangen –mit der Folge, dass seit 2016 kein einziges neues Flugzeug mehr den Hangar verlassen hat.

Bleiben die Bodenschätze. Die Ukraine besitzt in beträchtlicher Menge Eisenerz, Graphit, Titan, Nickel, Lithium und seltene Erden, um die sich die Weltmächte gerade jetzt besonders heftig bemühen. Zudem gilt die Ukraine als Kornkammer Europas. Jedoch ist durch die großflächige industrielle Landwirtschaft bereits ein Achtel der Ackerflächen erodiert und als Steppe nicht mehr nutzbar.

Man würde den Ukrainern von Herzen endlich bessere Zeiten wünschen. Leider sind die Chancen dafür in diesen kriegerischen Zeiten geringer denn je.

NATO SAGT: IHR WOLLT DEN TOTALEN KRIEG

Der Westen entfesselt die Gewalt.
Von Hendrik Sodenkamp

Es ist mal wieder eine ausgerufene Zeitenschwelle, ein Epochenwechsel, eine historische Zäsur – und die nächsten zivilisatorischen Standards, den blutigen Erfahrungen zweier Weltkriege entrungen, werden geschleift.

Die Bundesregierung um den unter Korruptionsverdacht stehenden Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nutzt den Krieg in der Ukraine, um die Bundesrepublik nach der paramilitärischen Corona-Aufrüstung nach innen, auch nach außen waffenstark zu machen.

In einer eilig einberufenen Sondersitzung des Bundestages am 27. Februar 2022 verkündete der Bundeskanzler unter dem fanatisch aufbrandenden Beifall nahezu aller Abgeordneten, dass die Bundesrepublik massiv ausrüsten wird. 100 Milliarden Euro sollen als ein »Sondervermögen« zusätzlich in die Bundeswehr gesteckt werden, die Parlamentarier wurden verpflichtet, dieses in der Verfassung niederschreiben. Zum Vergleich: Der Wehretat des Jahres 2021 betrug 46,93 Milliarden, 2014 waren es noch 32,4 Milliarden Euro. Zusätzlich erfüllt Scholz nun eifrig die viele Jahre abgewehrte Nato-Forderung, jedes Jahr zwei Prozent aller Steuereinnahmen in Waffen zu stecken.

HURRA! UKRAINE WIRD AFGHANISTAN 2.0

In der gleichen Rede kündigte er außerdem an, in den laufenden Krieg in der Ukraine Waffen zu liefern. Eine Handlung, die bis dato bei allen Parteien verpönt war und auch international verboten ist, da dadurch Kriege verlängert werden. Die EU schloss sich an, Waffen im Wert von 500 Millionen Euro gehen in die Ukraine. Da der ukrainische Präsident Wolodomir Selenskij seine Zivilbevölkerung zu den Waffen rief, um »Werwolf«-Kampfverbände zu bilden und auch Waffen ausgab, bewirkt die Bundesregierung aktiv, wissentlich und deshalb wohl auch absichtlich ein Blutbad in der Bevölkerung.

Aus allen politischen Lagern der Nato-Staaten hört man eine fanatische Begeisterung und sogar die Aufforderungen für diese dezivilisierende Entscheidung: Da die ukrainische Armee der russischen haushoch unterlegen ist, wird vom Westen vollmundig die totale Mobilmachung der Ukraine gefordert. Nicht nur Soldaten sollen kämpfen, sondern alle.

Wie soll da jemals Frieden geschlossen werden können? Der Westen destabilisiert erneut mit einem nicht endenden Bürgerkrieg eine ganze Weltregion. Neu ist: Mitten in Europa. Durch die Bank jubeln dabei auch noch die deutschen Medien, ob *Stern*, *Springer*, *N-TV*, *Tagesschau* oder *Neues Deutschland*, dass die Ukraine ein »Afghanistan 2.0« werden wird.

Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank schicken Milliarden, um den Krieg zu finanzieren. Auch die Europäische Investitionsbank (EIB) schickt zwei Milliarden zur Unterstützung der ukrainischen Seite. »Wir werden dabei helfen, alles wiederaufzubauen, was die russische Armee umstößt«, erklärt EIB-Chef Werner Hoyer und gab damit implizit die Order, dass um jede Straße, jeden Häuserblock gekämpft werden soll, jede Brücke gesprengt und alles in Schutt und Asche gelegt werden kann. Konzerne des Westens werden den Aufbau machen und Milliarden verdienen, wenn es nach Plan läuft. Der Krieg ist ein zynisches Konjunkturprogramm des Nato-Westens.

DW-ONLINE-UMFRAGEN: NUR 2 PROZENT WOLLEN NATO

Wir fragten: »Wer ist schuld am Krieg in der Ukraine?« Bis Donnerstag 11 Uhr wurden 2.626 Stimmen abgegeben. 64 Stimmen oder 2 Prozent entfielen bei der Schuldfrage auf »Putin«, 1.101 Stimmen oder 42 Prozent auf »die Nato«, 935 Stimmen und damit 36 Prozent auf »der Apparat beider Seiten (Deep State)«, 405 Stimmen oder 15 Prozent auf »Das WEF (Great Reset)«, 120 oder 5 Prozent »weiß nicht / mag die Frage nicht«.

Wir fragten: »Kann die USA-EU-Nato einen Krieg gegen Russland durch weitere Aufrüstung und Sanktionen gewinnen?« 72 oder 4 Prozent stimmten für die Antwort »Ja, das russische Militär ist eine Regionalmacht. Nukleare Schläge wären z.B. auf Brüssel begrenzt«. 1.324 Stimmen oder 80 Prozent antworteten mit »Nein, das russische Militär ist auch für eine weiter aufgerüstete USA-EU-Nato nicht zu bezwingen«. 266 oder 16 Prozent »weiß nicht / mag die Frage nicht«.

DW und der Rechtsanwalt Markus Haintz fragten online: »Soll Deutschland die Ukraine mit Waffen beliefern, damit sich die Ukraine besser verteidigen kann?« Von insgesamt 26.238 Stimmen entfielen 940 Stimmen oder 4 Prozent auf »Ja«. 22.964 Stimmen oder 89 Prozent auf »Nein«. 1.876 oder 7 Prozent »Weiß nicht / möchte nur Ergebnis sehen«.

Wir fragten: »Wenn Sie die militärischen Bündnispartner für Ihr Land frei wählen könnten, mit welchen würden Sie am ehesten eine Verbindung eingehen?« 35 Stimmen oder 2 Prozent entfielen auf »North Atlantic Treaty Organisation«, die US-UK-Militärorganisation mit Hauptquartier in Brüssel. 778 oder 41 Prozent votierten für »ein Bündnis mit Russland plus eventuell China, Brasilien und Indien.« 619 oder 32 Prozent stimmten für die Antwort »Ein mögliches französisch-niederländisch-deutsch-polnisches Verteidigungsbündnis ohne USA und England.« 468 oder 25 Prozent »Weiß nicht / mag die Frage nicht«.

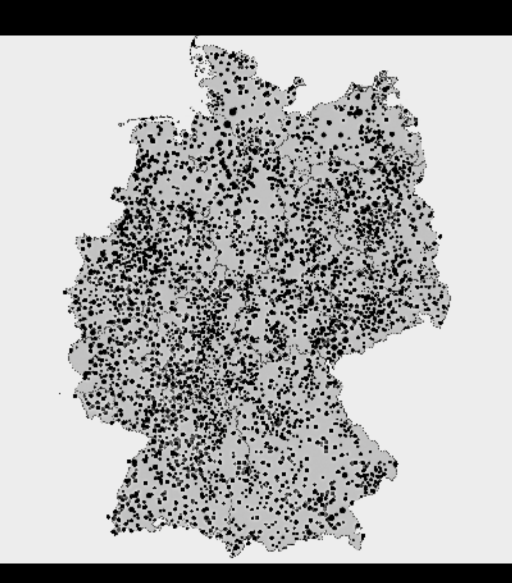
DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

5.3.2022 14-18 Uhr	Berlin, Gesundbrunnen	Demo für einen freie Impfentscheidung und gegen unverhältnismäßige Corona-Maßnahmen – Wir sind Viele
5.3.2022 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
5.3.2022 15-19 Uhr (jeden Sa)	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Umzug – Impfzwang, nicht mit uns!
5.3.2022 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
5.3.2022 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
5.3.2022 15:30-20 Uhr (jeden Sa)	Essen, Willy-Brand-Platz	Offenes Mikrophon für die Freiheitsrechte
5.3.2022 15-17 Uhr (jeden Sa)	Frankfurt am Main, Taunusanlage	Demo für Solidarität und Impffreiheit
5.3.2022 14-15 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Aufzug für Freiheit, Menschlichkeit und Vernunft
5.3.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Am Bahnhof	Demo für Frieden und Freiheit
5.3.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
5.3.2022 15-16 Uhr (jeden Sa, wenn Demo verboten)	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergänger erkennen sich am Grundgesetz
5.3.2022 14-18 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Ritter Brüning Straße, neben Hochschule	Autokorso für Grundrechte und den Erhalt des Mittelstandes und des Friedens
5.3.2022 14:30-18 Uhr (jeden Sa)	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug für ein humanes und aufgeklärtes Miteinander und eine evidenzbasierte Politik
5.3.2022 15:30-18 Uhr (alle zwei Wochen)	Kassel, Königsplatz	Demo – Grundrechte sind nicht verhandelbar
5.3.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
5.3.2022 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
5.3.2022 19-20 Uhr (täglich)	Marktl, Rathaus	Mahnwache gegen die Corona-Diktatur
5.3.2022 14-16 Uhr	München, Königsplatz	Demo – Wir stoppen die Impfpflicht
5.3.2022 13-15:30 Uhr	München, Rotkreuzplatz	UlliOma Family & Friends
5.3.2022 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Am Sportplatz Ecke Bernauer Straße	Schilderaktion Freiheitsallee
5.3.2022 14-16 Uhr (jeden Sa)	Reichelsheim (Odenwald), B38 Ortseingang Aldi	Zusammenkunft für Grundrechte, Freiheit und Selbstbestimmung
5.3.2022 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
5.3.2022 12:30-15 Uhr	Solingen, Alter Markt	Spaziergang und Menschenkette – »Ist der Bürger unbequem, nennt man ihn gleich rechtsextrem«
6.3.2022 14-17 Uhr (jeden So)	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Kundgebung und Umzug - »Frieden durch Freiheit«
6.3.2022 15-16 Uhr (jeden So)	Bad Soden am Taunus, Neuer Kurpark	Demo für das Grundgesetz und gegen das Corona-Regime
6.3.2022 18-20 Uhr (jeden So)	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst für Grundrechte und Wissenschaftlichkeit
6.3.2022 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Kundgebung für unsere Freiheit und Grundrechte
6.3.2022 17-19 Uhr (jeden So)	Markt Indersdorf, Marktplatz	Spaziergang für freie Impfentscheidung
6.3.2022 15-18 Uhr (jeden So)	Mönchengladbach, Marktplatz Rheydt	Demo für Vernunft statt Maßnahmen
6.3.2022 17-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
6.3.2022 13:30-16 Uhr	München, Königsplatz	Münchner Sonntag – Für ein Leben ohne Impfzwang
6.3.2022 14-16 Uhr	München, Odeonsplatz	Mahnwache für Julian Assange
6.3.2022 16:30-18:30 Uhr	Peissenberg, Parkplatz Moosleite	Demo für eine freie Impfentscheidung
6.3.2022 14-16 Uhr	Seligenstadt, Marktplatz	Kundgebung und Spaziergang – Alle gemeinsam für Frieden und Freiheit
7.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Pforzheim, Marktplatz	Grundgesetzkonformer Spaziergang für die freie Republik
7.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Porta Westfalica, Rathaus	Spaziergang mit Kerzen und Grundgesetz
7.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache gegen Grundrechtsverletzungen, Überwachung und Kriegstreiberei
7.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Montagsspaziergang zum Kennenlernen und Pläneschmieden
7.3.202218-20 Uhr (jeden Mo)	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang gegen die Zwangsimpfe und für Demokratie auch in Deutschland
7.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rotenburg (Wümme), Heimathaus in der Burgstraße	Spaziergang für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
7.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rottweil, Markt	Spaziergang für Grundgesetz, Gesundheit und das Ende des Maßnahmen-Regimes
7.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang für zur Beendigung des Corona-Regimes
7.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo für freie Impfentscheidung
7.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Senftenberg, Marktplatz	»Senftenberg is Resistance« – Spaziergang für Freiheit
7.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang mit Musik, Gesang und Grundgesetz
7.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Solingen, Rathaus	Spaziergang gegen den Corona-Faschismus
7.3.2022 17-19 Uhr (jeden Mo)	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo mit Pfeifen und Trompeten
7.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang für die Republik, die Freiheit und zivilisierten Umgang
14.2.2022 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Vaduz, Peter-Kaiser-Platz	Montagsdemo mit Grundgesetz
7.3.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang mit Kerzen und Verfassung
7.3.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Mo)	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz und die freie Republik
7.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo für das Grundgesetz
7.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Wismar, Markt	Versammlung gegen Zwangsimpfung und für das Ende des Notstands-Regimes
7.3.2022 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Wolfratshausen, Sauerlacher Straße Ecke Schießstätterstraße	Montagsspaziergang gegen die Impfpflicht
7.3.2022 19-21:30 Uhr (jeden Mo)	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung für die Grundrechte
7.3.202218-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Frauentor gegenüber Ringcafé	Montagsdemo, Wir müssen reden!
8.3.2022 16:30-18:00 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und dem Mittelstreifen der Schlossstraße	Schilderaktion
8.3.2022 18-21 Uhr (jeden Di)	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang gegen die Corona-Maßnahmen
8.3.2022 17:45-19:45 Uhr (jeden Di)	Breitengüßbach, Hinter der Kirche, Bachgasse	Spaziergang gegen die Spaltung der Gesellschaft
8.3.2022 18-20 Uhr (jeden Di)	Erlangen, Ohmplatz	Demoumzug für Kinderrecht, Maskenbefreiung und freie Impfentscheidung
8.3.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Di)	Frankfurt am Main, Karl-Perotte-Platz	Aufzug für das Grundgesetz und gegen das Corana-Regime
8.3.2022 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg im Breisgau, Parkplatz des neuen SC-Stadions, Suwonallee 1	Autokorso für Grundrechte
8.3.2022 18-20 Uhr (jeden Di)	Herrieden, Marktplatz	Spaziergang gegen die Spaltung und für die Menschenrechte
8.3.2022 18-20 Uhr (jeden Di)	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang für Grundrechte, Gewaltenteilung und die freie Republik
8.3.2022 18-19 Uhr (jeden Di)	Scharbeutz, Seebrücke Haffkrug	Spaziergang - »Wir gehen nicht mit Euch baden«
8.3.2022 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Offenes Mikrophon – Wieder miteinander sprechen
8.3.2022 18-19 Uhr (jeden Di)	Vechelde, Rathaus	Spaziergang zum Sturz der Regierung
8.3.2022 19-21 Uhr (jeden Di)	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang gegen das Corona-Regime
9.3.2022 19-20 Uhr (jeden Mi)	Freyburg/Unstrut, Markt	Spaziergang für Frieden, Toleranz und Verhältnismäßigkeit
9.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang mit Grundgesetz
9.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Hagen, Eipler Denkmal, Eilper Straße 41	Bürgertreff und Spaziergang
9.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mi)	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo gegen die Zwangsmaßnahmen für die Mitarbeiter in medizinischen Einrichtungen
9.3.2022 19-20 Uhr (jeden Mi)	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Kundgebung für Grundrechte
9.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mi)	Königswinter-Oberpleis/NRW, Rathaus	Spaziergang für die Republik
9.3.2022 17-19 Uhr (jeden Mi)	Landshut, Martinskirche	Andacht für die Republik mit Gesang und Gebet
9.3.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Mi)	Lauf an der Pegnitz, Marktplatz/Brunnen	Demo – Lauf läuft
9.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo für Grundrechte, Republik und die Freiheit
9.3.2022 17:30-20 Uhr (jeden Mi)	München, Ort wird noch bekannt gegeben, München Steht Auf	Shoppen gehen mit Grundgesetz zum Sturz der Regierung
9.3.2022 18-19:30 Uhr (jeden Mi)	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen zum Kennenlernen und Pläneschmieden
9.3.2022 18:30-19:30 Uhr (jeden Mi)	Oberursel (Taunus), Adenauerallee	Aufzug für eine freie Republik auch in Deutschland
9.3.2022 17:30-19 Uhr (jeden Mi)	Ohlstadt/Oberbayern, Maibaum im Oberdorf gegenüber vom Rathaus	Mittwochsspaziergang zum Sturz des Corona-Regimes
9.3.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mi)	Papenburg, Rathaus	Spaziergang mit dem Grundgesetz
9.3.2022 19-20:30 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Mangfallpark Süd, gegenüber des Eisstadions	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
10.3.2022 18:30-19:30 Uhr (jeden Do)	Bad Homburg vor der Höhe, Rathausplatz	Aufzug für das Grundgesetz und gegen die Impfpflicht
10.3.2022 16:00-18 Uhr (jeden Do)	Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorfer Str./Goethestraße	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog
10.3.2022 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Corona-Maßnahmen und Impfpflicht
10.3.2022 17:30-19 Uhr (jeden Do)	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
10.3.2022 19-21 Uhr (jeden Do)	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz und die Menschenrechte
10.3.2022 19-21 Uhr (jeden Do)	Kiel, Exerzierplatz	Friedensdemo
10.3.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang zur Beendigung des Corona-Regimes
10.3.2022 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz, direkt am S-Bahnhof	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
11.3.2022 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für das Ende des Corona-Regimes
11.3.2022 17-18 Uhr (jeden Fr)	Dresden, Hofkirche	Spaziergang für eine freie Impfentscheidung
11.3.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Fr)	Königstein im Taunus, Kapuzinerplatz	Aufzug gegen Verfassungsbruch und Notstandsregime
11.3.2022 18-19:30 Uhr (jeden Fr)	Neuss, Quirinusmünster	Spaziergang für Frieden, Freiheit und die Entmachtung des Corona-Regimes
11.3.2022 18:30-19:30 Uhr (jeden Fr)	Nürnberg, Hallplatz	Kundgebung für Realismus und Zuversicht gegen Zahlensalat und Schwarzmalerei
11.3.2022 18-20 Uhr (jeden Fr)	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo gegen die Corona-Maßnahmen und für die Republik
11.3.2022 17:30-18:30 Uhr (jeden Fr)	Rudolstadt, Markt/Marktstraße	Spaziergang für die Republik
12.3.2022 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
12.3.2022 15-19 Uhr (jeden Sa)	Düsseldorf, Johnnes-Rau-Platz	Umzug und Demo gegen den Impfzwang
12.3.2022 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
12.3.2022 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
12.3.2022 15-17 Uhr (jeden Sa)	Frankfurt, Adolph-von-Holzhausen-Park	Demonstration für Solidarität und Impffreiheit
12.3.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug für Frieden, Freiheit, Menschlichkeit und Vernunft
12.3.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit
12.3.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
12.3.2022 14-18 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Ritter Brüning Straße, neben Hochschule	Autokorso für Grundrechte und den Erhalt des Mittelstandes und des Friedens
12.3.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
12.3.2022 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
12.3.2022 13 -15:30 Uhr	München, Münchner Freiheit	UlliOma Family & Friends
12.3.2022 15:30-18 Uhr (jeden Sa)	Pforzheim, Marktplatz	Demo für Grundgesetz, Republik und Wissenschaftlichkeit
12.3.2022 14-16 Uhr (jeden Sa)	Reichelsheim (Odenwald), B38 Ortseingang Aldi	Zusammenkunft für Grundrechte, Freiheit und Selbstbestimmung
12.3.2022 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
13.3.2022 14-17 Uhr (jeden So)	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Kundgebung und Umzug - »Für die Freiheit: Auf die Straße«
13.3.2022 17.11- 21 Uhr	Emsdetten/K+K Parkplatz an der Emshalle	Demozug statt Karnevalszug – Für das Ende des Corona-Regimes
13.3.202214:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Kirche am Neumarkt, Mittelstraße/Apostelnkloster	Kundgebung für unsere Freiheit und unsere Grundrechte
13.3.202212-14:30 Uhr (jeden So)	Königsbrunn, Wittelsbacher Park	Speaker's Corner
13.3.202217-19 Uhr (jeden So)	Markt Indersdorf, Marktplatz	Spaziergang für freie Impfentscheidung und die Wiederherstellung der Grundrechte
13.3.202215-18 Uhr (jeden So)	Mönchengladbach, Marktplatz Rheydt	Demo für Vernunft statt Maßnahmen
13.3.202217-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
13.3.2022 16:30-18:30 Uhr (jeden So)	Peissenberg, Parkplatz Moosleite	Demo für freie Impfentscheidung
14.3.2022 18:30-20:30 Uhr	Fürstenberg/Havel, Markt	Kundgebung und Demonstrationszug für das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.



Zehntausende Österreicher am Wiener Heldenplatz am 27. Februar 2022. Foto: Sejla Vie

Servus, Montag!

In Zeiten der künstlichen Dauerkrise scheint der Wille der Österreicher nach Freiheit und Demokratie ungebrochen.
Von Sejla Vie

Das eine Angst-Narrativ ist nahtlos in das nächste übergegangen. Wie durch eine Zauberhand scheint das allumfassende Pandemie-Szenario nur noch ein lästiges Randphänomen geworden zu sein.

Aber nicht für österreichische Demokraten: Am 27. Februar 2022 folgte der nächste groß angelegte Protest in Wien. Zehntausende gingen für Frieden, Freiheit und Demokratie auf die Straße. Denn immer noch kreist der Geier der latenten Impfpflicht über den Köpfen der Menschen, eine wirkliche Auseinandersetzung der Regierung mit diesem Thema scheint durch die aktuellen Geschehnisse auf Eis gelegt. Ein Schelm, der dabei eine gewollte Strategie wittert. Die Österreicher wissen ganz genau, dass dieses Gesetz im Mülleimer der Geschichte landen muss – und mit ihm auch die aktuelle Regierung.

Obendrein offenbaren die hochgejubelten Kundgebungen zur Ukrainekrise wieder einmal mehr die schier unglaubliche Doppelmoral, mit der auch in den österreichischen Medien gemessen wird. Demokratie ist eben nur dann schützenswert, solange sie nicht die eigene ist. Egal, wie lange die Österreicher montags noch auf die Straße müssen, eines haben sie auf jeden Fall gebracht: Eine eingeschweißte Gemeinschaft, die sich bis in die kleinsten Dörfer zieht und in schweren Zeiten Rückhalt bieten wird. Und mit dieser Kraft wird es weitergehen, bis die Alpenrepublik die freie Nation wird, die sie verdient hat.

STICHWORT DW-AKADEMIE
Diese Zeitung gründet eine Hochschule im Ausland: Die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie, AquaVD. Kontakt für Unterstützer: *akademie@demokratischerwiderstand.de* oder per Post an den Unterstützerverein KDW e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. Sie wollen gute Nachrichten verbreiten? Verteilen Sie diese Zeitung bei Ihrem Spaziergang. Ganz einfach hier ordern: demokratischerwiderstand/verteilen

Kommuniste

Der unabhängige DW-Ostkorresp
Ilia Ryvkin, berichtet exklu
Demokratischer Widerstand a

»There is no left and right, only right and wrong.« – Es gibt kein links und rechts, nur richtig und falsch. »Ihr seid doch alle rechts und so …« Für einen demokratischen Widerstandskämpfer gilt: Ganz egal, ob du weder mit Nation noch mit Tradition je was am Hut hattest, am liebsten unter einer Regenbogen-Friedensfahne rumläufst, einfach nur *raven* wolltest, als alle sich zuhause eingesperrt gelangweilt haben, bist du im Munde der *Mainstream*-Propagandisten »so einer«. Kennt man ja. Gut. Nein, nicht gut!

In Zeiten, in denen Millionen aus der Staatskasse in eine »Kampf-gegen-Rechts«-Kampagne fließen, sind »rechts und links« längst nicht mit der Sitzordnung in der französischen Abgeordnetenkammer unter Napoleon abzudecken. Es sind Kampfbegriffe. Einige versuchen, sie umzudrehen.

Aus amerikanischen Kanälen kam diese Erzählung: Die sich weltweit ausbreitende digitale Überwachungstyrannei, der genozidale Impfzwang seien Machenschaften von einer »tiefen kommunistischen Internationale«, dahinter stecke das »rote« China. Auch dieses »Meme« ist eine Kampagne. Zwar könnte eine Umdrehung der Kampfbegriffe einen mobilisierenden Effekt gegen die »Corona« haben, doch wird dabei nach Sicht des Autors dieses DW-Spezials, meiner, zu kurz gegriffen. Dieser Umkehrungsversuch bedient letztlich die Erzählweise des Gegners, den »Coronisten«.

Dass die transatlantische Neulinke die gleiche Agenda wie die globalen Eliten verfolgt, ist sonnenklar. Ob persönlich, familiär oder national: Gegen jederart Souveränität, gegen jede natürliche Gemeinschaft und die Volksgemeinschaften erklären sie einen weltweiten Vernichtungskrieg. Dennoch ist nicht jeder Linke zwingend Scherge der Hochfinanz. Hier in Moskau, wo ich für DW derzeit versuche, das Misstrauen gegenüber westlichen Korrespondenten zu überwinden, erlitten Trotzkisten, die auf eine Weltrevolution pochten, vor beinahe hundert Jahren ihre entscheidende Niederlage.

Mühsam begann die KPdSU, geführt von Stalin, einen neuen volkstreueren, traditionsbewussteren Kurs zu suchen. Ich selber bin weder eine »rote Socke« noch farbenblind und will keine erinnerungspolitische Debatte eröffnen. Es geht mir ums Heute. Heute treten russische Kommunisten der KPdRF geeint gegen die »Impf« und Digitaltyrannei an. Dabei sind der Bewegung in Russland bereits maßgebende Erfolge zu verzeichnen.

DAS VERSCHNEITE MOSKAU – EIN JAHR SPÄTER

Seit meinem vorigen Besuch hat sich Moskau kaum verändert. Imperiale Bauten ragen in der langen Dämmerung still aus meterhohen Schneewehen. »Das goldene Asien schläft« – wie es der Dichter Jesenin vor einem Jahrhundert schrieb – »auf Kirchenkuppeln ermüdet ein«. Ein junger Beamter im Flughafen lässt mich einen Bogen unterzeichnen, auf dem unter anderem steht, dass ich mich einem PCR-Test zu unterziehen verpflichte. Solange kein negatives Ergebnis vorliegt, darf der Neuankömmling unter Androhung einer erheblichen Geldstrafe seine Unterkunft nicht verlassen.

»Es kann dir passieren«, so spricht eine Freundin am Telefon, »dass du an der Hotelrezeption nach dem Test oder einem russischen Impfzertifikat gefragt wirst. In Königsberg haben sie mich aufgefordert, es vorzuzeigen«. »Ist so die aktuelle Rechtslage?« »Keiner kennt sie genau heutzutage. Vielleicht wollten sie was auf die Hand. Sprich mit denen, du bist ja unter Menschen!«

Der öffentliche Verkehr ruht schon, da es Nacht ist. Ein Asiate kommt auf mich zu und erklärt sich bereit, mich für einen Betrag von umgerechnet gut zehn Euro *Cash* zu meinem Hotel in der Stadtmitte zu befördern. Ich besteige seinen Wagen. »Wo kommst du her?« »Und du?«

Die Ortschaft, aus der der Fahrer stammt, ist bekannt wegen des Mausoleums des mittelalterlichen usbekischen Militärführers Timurs des Lahmen. Von Delhi in Indien bis zum Mittelmeer reichte seine schreckliche Hand. »Als Archäologen seine Totenruhe störten«, meint der Fahrer, »überfiel Hitler die Sowjetunion.« Über einen Vorfall mit dem grausamen Timur habe ich bei dem arabischen Historiker des 14. Jahrhunderts, Ibn Chaldūn, gelesen.

»Krieg wie auch Frieden sind nur einem Herrscher an die Hand gegebene Mittel«, schrieb Ibn Chaldūn, »und können seinem Land zugute kommen, als auch es ins Verderbnis stürzen. Da das Volk unter einem dauerhaften Friedenszustand zur Verweichlichung und Dekadenz neigt, kann auch der Frieden ihm zum Verhängnis werden!«.

»Gibt's auch in Berlin so viele Usbeken?«, fragt mich der Fahrer. »Nö, mehr Afghanen mittlerweile.« Mutti Merkel findet er super. »Russland ist das Mütterchen für uns alle, für die postsowjetischen Völker«, meint er. »Und der Krieg? Wird's einen geben?« »Bitte, lass das, Bratan (Bruder), bleib locker, nix wird sein. Meinst du, die Russen wollen Krieg?«

Beim Aussteigen bemerkt er einen Wolfsring, den ich trage, und bittet mich ihn zu verkaufen: »Unsere aller Steppentürken Mutter war eine Wolfsfrau.« »Ach die Mutter, euer aller Mutter …« Ich steige aus. Das kleine Hotel ist zu dieser Nachtstunde geschlossen, dennoch finde ich auf der eisernen Eingangstür einen Zettel mit einer Telefonnummer. Ich wähle sie, nach einigen Minuten erscheint eine verschlafene Schönheit und öffnet mir. Sie lässt sich darüber aus, dass mitten in der Nacht mich amtshalber zu registrieren gar nicht möglich sei. Den Betrag soll ich ihr bitte gleich in bar aushändigen, das erste Zimmer rechts stehe für mich frei. Sie wünscht mir eine gute Nacht. Von Test- oder Impfzertifikaten ist keine Rede.

»Gehen will auf dem dicken Glatteis dieser Straßen neu erlernt sein«, schrieb in seinem Moskauer Tagebuch Walter Benjamin. Die von oben herabstürzenden Eiszapfen, ja Eisbrocken sind wie vom russischen Himmel gekippte Himmelskörper, füg ich dem hinzu. Die Füße bei dem Moskauer Tauwetter trocken zu halten, ist zwar eine hohe, dennoch fürs Leben unentbehrliche Kunst.

Masken sieht man kaum. In den Prachtpalästen der Moskauer Metro und deren Zügen trägt nicht mal ein Drittel der Passanten eine. In Cafés und Läden zieht man sie kurz an der Kasse an. Dieses spöttische Ritual wird immer mit dem allertiefsten Ernst vollzogen. Weder nach dem Test noch dem Impfzertifikat hat man mich auch nur einmal gefragt. Lass uns bitte alle locker bleiben, Bratan. Meinst du, die Russen wollen Krieg?

Das relativ legere Klima trat im Lande nicht von selbst ein. Es gab Bestrebungen seitens der Globalisten- und der Pharmalobby eine Art digitalen Pass, hier QR-Code genannt, den Menschen aufzuzwingen. Dafür sollte eine 3G-Regel für Restaurants, Läden, Clubs und den öffentlichen Verkehr ab Februar 2022 bereitgestellt werden. Der von der Exekutive erarbeitete Gesetzentwurf genoss zwar eine breite Zustimmung unter tonangebenden liberalen Menschenrechtlern, dennoch stellten sich die Kirche und die patriotische Opposition dem in den Weg.

In seiner Ansprache bemängelte der Russisch-Orthodoxe Patriarch Kyrill das Vorhaben, da es »in einem außergerichtlichen Wege den Menschen seiner Grundrechte beraube«. Das Kirchenoberhaupt stellte auch die Frage in den Raum, »für welchen Zweck und von wem das System der elektronischen Überwachung in der Zukunft benutzt werden kann?«. »Technologie soll dem Menschen untergeordnet sein, nicht den Menschen beherrschen. Es ist inakzeptabel, ohne gesellschaftlichen Konsens Kontrollmechanismen einzuführen,



Gemälde »The Teachings of the Paratrooper« (Die Leh
Öl auf Leinwand, 90 auf 130 Centimeter, 2008.

die die Privatsphäre und Freiheit jeder Person beeinträchtigen können.« Unser Patriarch sprach so, nicht »Pussy Riot«, bemerke dies bitte, verehrte Leserschaft! Als die Staatsduma grünes Licht für das Gesetz geben sollte, kam es bei der Anhörung beinahe zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen Abgeordneten der Regierungspartei und den Kommunisten, die dabei Plakate und Banner gegen die QR-Tyrannei erhoben. Wegen einer tiefen Abneigung des Volkes dem Gesetz gegenüber, ließ Präsident Putin es per Verordnung faktisch fallen.

MIKHAIL FJODOROW, EIN MODERNER KOMMUNIST

»Rauchen Sie?« Mein Gesprächspartner reicht mir eine Zigarre anspruchsvoller Marke. Seitens eines Kommunisten kommt das großzügige Angebot bei mir unerwartet an. »Das ist ein Geschenk kubanischer Genossen«, so die Erklärung. Mikhail Fjodorow ist ein Investor und Finanzier, angesehen im Banken- und Finanzsektor des Landes, agiert auch international. Er hat



»Ein kalter Krieg ist e
beide Seiten als Sieger
berühmte Moskau-Kor
Krone-Schmalz im Int
schen Staatssender M
unbekannt, Öl auf Lein

en vorwärts!

ondent und Berliner Theaterautor, usiv für die Wochenzeitung aus Moskau, Minsk und Kiew.



ren des Fallschirmjägers).

mehrere Geschäftsprojekte auf den Weg gebracht, dann ging er in die Politik. »Warum die KPdRF?« – »Kommunisten sind allein die Kraft, die im Parlament eine eigenständige Politik betreiben. Die lassen sich grundsätzlich nicht kaufen. Unter uns gibt's auch manche von verschiedenem Kaliber: Vom älteren Sowjetnostalgiker bis zum überzeugten Marxisten, auch ein paar Selbstdarsteller, Populisten und notorische Regierungshasser, wie sonst halt auch.« Den letzteren gegenüber ist Michail zutiefst skeptisch: »Würden Politiker von jener Sorte die Macht ergreifen, zerfiele das Land in Stücke!«

erst vorbei, wenn sich fühlen dürfen«, so die respondentin Gabriele erview mit dem deut- DR 2015. Malerei von wand, ca. 2017.

Die Parteiführungslinie billigt Michail dagegen wohl: »Der Genosse Sjuganow sagt immer das Richtige!« Die Staatspolitik ist für Michail der Verwaltung eines Großunternehmens ähnlich: »Öffentliche Mittel sollten so angelegt werden, dass der Staat sich stabil entwickelt und es den Bürgern, die als seine Mitarbeiter und Anteilseigner zugleich anzusehen sind, gut geht.« Fjodorow kommt aus einer Familie sowjetischer Diplomaten, Offiziere und Großbeamter, die alle Kommunisten gewesen sind. Er ist stolz darauf und bemüht sich, der Tradition gemäß seinem Land zu dienen. Für ihn, wie auch für Hunderttausende andere, ist die kommunistische Tradition ein integraler Teil ihrer Identität.

Ich erzähle Fjodorow von der linken Agenda im heutigen Westen. »Ob ein westlicher Arbeiter sich mit Politikern identifizieren kann, die sich die Haare bunt färben und ihn von wegen *gendern* und Sternchen setzen belehren?« »Warum sollte sowas links heißen?«, staunt der Genosse. »Queer ist hier meist das mondäne Großbürgertum unterwegs. Eine Mitarbeiterin von mir, so eine Feministin, kam oft zu spät, arbeitete fahrlässig und wollte sich vom Vorgesetzten kaum dafür verwarnen lassen, das wäre für sie alles *Harassment*, Nötigung. Ich ließ sie gehen.«

Was digitale Pässe und Impfungen anbetrifft, folgt Michail dem Parteikurs: »Es gibt Genossen, die sich mit dem Thema ausführlichst befasst und die entsprechende Parteibeschlüsse entwickelt haben. Mit denen solltest du Verbindung aufnehmen, die stelle ich gerne her.«

ALEXANDER JUSCHTSCHENKO, DER PARTEIPRESSESPRECHER

Zu dem Interview mit dem Parteipressesprecher werde ich in das Staatsdumagebäude nicht eingelassen, weil es im Abgeordnetenhaus eine 3G-Regelung gibt. Deshalb erklärt der Genosse Juschtschenko sich gleich darauf zu einem Gespräch in einem naheliegenden Café meiner Wahl bereit. Ich schlage das »Sobranije« vor, das im Stalin-Empire-Stil mit übergroßen Spiegeln dekorierte Parlamentariercafé. Eine Viertelstunde später drückt er stürmisch den schweren, in Form eines Lorbeerkranzes ausgeführten bronzenen Türgriff und gesellt sich zu mir. Er spricht schnell.

»Der sogenannte QR-Code-Gesetzentwurf war nicht dazu bestimmt, die sogenannte Pandemie zu bewältigen, vielmehr Menschen zu kontrollieren. Er würde unsere Grundrechte verletzen. Auch mit den religiösen Ansichten mancher Russen wäre das Gesetz unvereinbar. Eine Welle der Empörung ging durch das Land, an uns allein wendeten sich Millionen von Bürgern. Dazu weiß man, dass Daten heutzutage zu einer Ware geworden sind. Es gibt keine Garantie, dass die damit gesammelten persönlichen Informationen einem Datenschutz obliegen. Unsere Fraktion initiierte öffentliche Anhörungen, auf Grundlage derer das Gesetzesvorhaben faktisch fallengelassen wurde. Einen Impfzwang, ob in der Armee oder im Medizinbereich, lehnen wir ebenso entschieden ab. Sich impfen zu lassen oder nicht, entscheidet man anhand des persönlichen Gesundheitszustandes, nicht so, wie es bei einer Schafherde von dem Besitzer bestimmt wird.

Das globale Kapital versucht offensichtlich, die Menschheit seiner totalen Kontrolle zu unterziehen, daher gibt es Bemühungen einiger westlicher Regierungen, anhand digitaler Werkzeuge den Impfzwang durchzusetzen. Die russischen Kommunisten haben Verständnis für die Menschen, die in diesen Ländern gegen diese neue Politik aufstehen. Ob man die westliche Welt heute als eine demokratische bezeichnen kann, bezweifeln wir. Die Hauptkonfrontation des heutigen Tages verläuft zwischen traditionellen Lebensformen wie der Familie, den nationalen Interessen eines Volkes einerseits und der Neuen Weltordnung. So liegen die Fronten. Die Neue Weltordnung ist darauf gerichtet, den Menschen seiner Identität zu berauben, denn ein Mensch ohne Volk, ohne Familie, ohne Geschlecht ist kein Mensch mehr. Für uns besteht eine Familie aus einem Mann, einer Frau und gegebenenfalls ihren Kindern. Jedes Kind hat eine Mutter, die eine Frau ist, und einen Vater, der ein Mann ist. Die unter europäischen Linken verbreitete *Gender*-Ideologie lehnt die Partei entschieden ab, was den mehrheitlichen Ansichten unseres Volkes, des kleinen Mannes entspricht, die wir auch nach außen offen vertreten.«

JUSCHTSCHENKO HOLT NOCH WEITER AUS. ER KANN DAS. ICH HALTE MEINE TASSE TEE.

»Die KPdRF, die Kommunisitische Partei der Russischen Föderation, ist patriotisch. Wir stehen für traditionelle Werte, unsere kulturelle Identität, unsere Wurzeln. Im Jahre 1933 sagte der Genosse Stalin: ›Unser Wachstum weist eine fünfzigjährige Verspätung auf, die müssen wir in zehn Jahren nachholen.‹ Und dann baute das Sowjetvolk in nicht mal zehn Jahren bis 1941 mehr als 80.000 Fabriken.

Die heutige Lage ist mit der damaligen vergleichbar. In den vergangenen 30 Jahren neoliberaler Politik ist das Land wieder im Vergleich zu den führenden Wirtschaftsmächten zurückgeblieben. So müssten im Land erbrachte Aktiva in die vaterländische Volkswirtschaft investiert und nicht in fremden Banken angelegt werden. Unsere Bildung war eine der besten. Wie auch die Medizin wurde sie in letzter Zeit unter dem Vorwand der Anti-Corona-Maßnahmen ruiniert.

In all diesen Bereichen stößt die Partei eine Offensive an. In unserer tausendjährigen russischen Geschichte verliefen sechshundert Jahre in Schlachten und Feldzügen. Die endlose Weite des Landes, unsere Reichtümer erschienen den Angreifern stets erstrebenswert. Heutzutage erleidet das Weltkapital wieder eine Krise. Die Verschuldung des amerikanischen Staates ist seit Kurzem von 18 auf 30 Billionen Dollar gewachsen. Um Schulden sozusagen zu ›verbrennen‹, ist es immer naheliegend, ein weltweites Blutbad anzurichten – wie es mit dem Ersten und Zweiten Weltkrieg der Fall war. Jede Familie war davon betroffen und wir tun alles dafür, dass ein Weltkrieg sich nicht wiederholt.«

MALAPARTE GOES IWERSKAJA

Ich bin wieder auf dem Roten Platz. Die Kremlmauer ist abgeriegelt, dennoch sieht man von Weitem, wie an Stalins Grab unter silbernen Tannen auf dem Schnee sich Nelken röten. Wie konnte es passieren, dass die Erben der Rotgardisten und Weißgardisten, die vor hundert Jahren sich blutig bekriegt haben, heute Schulter an Schulter sich in einer Front gegen die globale Tyrannei aufstellen?

Von der Iwerskaja-Kapelle erklingt die Aufnahme eines Klostergottesdienstes. Curzio Malaparte erzählte einst eine Anekdote: »Vor der Iwerskaja-Ikone betet ein Bauer. Ein bolschewistischer Staatsschutzbediensteter nähert sich ihm zu und fragt: ›Betest du für Stalin?‹ – ›Das tu ich.‹ – ›Hast du auch für den Zaren gebetet?‹ – ›Auf jeden Fall hab ich das.‹ – ›Und was haben deine Gebete dem Zaren gebracht? Er wurde getötet, nicht wahr?‹ – ›Stimmt, deswegen bete ich auch für Stalin.‹«

Ich schiebe die schwere Tür auf. Kerzenlichter flackern vor dem goldenen Antlitz der Muttergottes. Ich zünde eine billige Kerze an: »Für mein Land, seine Regierung und seine Armee.«

Der Berliner Bühnenautor Ilya Ryvkin ist derzeit DW-Korrespondent in Osteuropa. Im Herbst erscheint sein zeitaktuelles Buch »Hier leben Drachen« über Ryvkins Reisen durch Eurasien im Verlagshaus Sodenkamp & Lenz.



PROPAGANDA-PROMIS

Prominente Trittbrettfahrer solidarisieren sich gemäß Nato-Agenda. | Von Nicolas Riedl

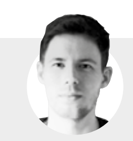
Der Ukrainischstämmige Rapper Capital Bra wünscht sich Frieden für alle Menschen. Foto: gemeinfrei

Es ist ein neuer Kult, eine neue Massenhysterie einer unmündigen Masse, die sich wünscht, von ihren Idolen *influenced*, das heißt, dirigiert zu werden. Nur wenige Stars haben genug Rückgrat, um gegen den Strom zu schwimmen.

Einer der erfolgreichsten Rapper Deutschlands Capital Bra stammt aus der Ukraine. Auf dem »Sozialen Netzwerk« Instagram verhielt er sich im Gegensatz zu etlichen seiner Rap-Kollegen trotz seiner ukrainischen Wurzeln sehr neutral. Er teilte eine Bildkollage mit Händen in ukrainischen und russischen Farben, zusammen mit einer Friedenstaube und schrieb dazu: »Pray for Peace« (zu Deutsch: Betet für Frieden). Doch er ist einer der wenigen, die sich nicht kopflos instrumentalisieren lassen.

Der ehemals für scharfsinnige Lyrik bekannte Rapper Prinz Pi veröffentlichte eine an Peinlichkeit kaum zu überbietende Video-Stellungnahme. In dieser forderte er seine Fans zum einen auf – und daran ist erst einmal nichts auszusetzen – die Betroffenen mit einer Spende zu unterstützen. Doch darüber hinaus animiert er seine Hörerschaft, einfach irgendwas zu diesem Thema im Internet zu teilen, um »Bewusstsein« dafür zu schaffen. So erklären sich die unqualifizierten, uninformierten, dekontextualisierten Beiträge etlicher *Social Justice Warrior* (zu Deutsch: Soziale-Gerechtigkeit-Krieger). Diese sollen, so Pi, aber nicht auf die »Politik Influencer« (Multiplikatoren) hören, sondern einfach drauf los teilen und tippen. Prinz Pi kommt darüber hinaus zu der bemerkenswerten Feststellung, dass Demonstranten in Russland sofort verhaftet werden, während man hierzulande für »für jeden Scheiß protestieren« könne, für irgendwelche »wirren Verschwörungstheorien«. Bürgerliche, unveräußerliche Freiheitsrechte und das Grundgesetz sind für den wohlstandsverwahrlosten Hipster-Rapper also nur eine wirre Verschwörungstheorie.

Der »Musikantenstadel der Politischen Korrektheit«, der sich in Chemnitz 2018 formierte (Casper, Marteria, Die Toten Hosen und so weiter) wartete ebenfalls mit seinen moralisierenden Bemerkungen zum Ukraine-Krieg auf. Kurzum konnte man vergeblich nach irgendwelchen Stellungnahmen suchen, die die historischen Zusammenhänge seit 2014 und darüber hinaus mit einbeziehen. Wo sind die Promis, die sich nicht spalten lassen, sich nicht bedingungslos für eine der Konfliktparteien aussprechen, sondern einzig und allein für Frieden und Freiheit, für die Menschheitsfamilie aufstehen?



Nicolas Riedl ist Journalist, Autor und Theaterwissenschaftler in München.

POP POP

Von Nicolas Riedl



SchwrzVyce lässt sich in keine Schublade stecken. Foto: kultur-zentner.de

BUNT UND RECHTSEXTREM?

Der Rapper SchwrzVyce geht in seinem neuen Titel »Rechtsextrem« auf den vielfach geäußerten Vorwurf ein, die Maßnahmenkritiker seien alle »rechtsextrem«. Vom äußeren Erscheinungsbild sieht der Sprechgesangsartist alles andere als wie ein Nazi aus. Ziemlich pointiert und mit Leichtigkeit zerlegt er diesen haltlosen Anklagepunkt. Die Verse zünden und der *Beat* (Instrumental) wie auch der *Flow* (Metrum) vermögen Ohrwürmer zu erzeugen.



»Seids ihr denn alle komplett deppert?« Monika Gruber versteht die Welt nicht mehr. Foto: Radio München.

MONIKA GRUBER MACHT DIE »GOSCHN« AUF

Im Interview mit Radio München sprach die Kabarettistin Monika Gruber Klartext. Sie beklagte die Verengung des Meinungskorridors, die immer tieferen Gräben innerhalb der Gesellschaft und die Normalisierung der Maßnahmen. Besonders die Kinder würden darunter leiden. Gruber zeigte sich im Interview von einer sehr authentischen und menschlichen Seite, insbesondere indem die sonst sehr taffe Bayerin an einer Stelle sogar Tränen fließen ließ. Das ist auch eine Art von »Maskenfreiheit«.

RECHT UND FREIHEIT

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Johannes der Täufer bereitete das Wirken Jesu vor, indem er die Menschen zur »Buße« rief. Mit »Ihr Schlangenbrut« sprach er sie an (Lukas 3,7). Auch Jesus entsprach so gar nicht der heute verbreiteten weichlichen Vorstellung vom Christentum, wenn er seinen Zuhörern zurief: »Ihr Schlangen und Otterngezücht! Wie wollt ihr der höllischen Verdammnis entrinnen?« (Matthäus 23,33).

So sprachen sie zu denen, die sich ihres Heils sicher waren, weil sie Regeln befolgten und weil sie Abrahams Nachkommen waren. Zum Beispiel kritisierten sie die Jünger Jesu, weil diese am Sabbat Ähren zerrieben. Johannes und Jesus lehrten, dass Regelbefolgung nicht zum Heil führt, sondern dass es darauf ankommt, nach Gerechtigkeit und nach dem Guten zu streben. Sie führten die Menschen dazu, ihr Gewissen und ihren Verstand einzuschalten und Gutes zu tun.

Die echte Gerechtigkeit wird auch heute durch Regeln untergraben. An die Stelle einer Gerichtsbarkeit, die Gerechtigkeit sucht, ist ein System von Befehl und Gehorsam getreten. Das Parlament erlässt nach Belieben Befehle und nennt sie »Gesetze«. Die Gerichte urteilen nicht nach dem Recht, sondern nach diesen »Gesetze« genannten Befehlen des Parlaments. Und das Parlament wird von der Regierung kontrolliert.

Dieses Durchregieren hat man zum Beispiel beim »Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite« beobachten können. Von Gewaltenteilung keine Spur. Der Bürger hat keine Möglichkeit, Recht zu bekommen, denn die Gerichte werden vom Staat betrieben, und der Staat macht selbst die Gesetze, nach denen die Gerichte urteilen.

Besser werden wird es erst, wenn das Recht wieder zur Geltung kommt. Wir brauchen nicht eine Regierung, sondern Recht und Freiheit.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. www.von-wachter.de

DW-BESTSELLERLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Wir sind immer die Guten.
Ansichten eines Putinverstehers oder wie der Kalte Krieg neu entfacht wird Matthias Bröckers, Paul Schreyer, Westend
978-3-86489-255-4



Ukraine Krise 2014 - Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit. Wie der neue kalte Krieg begann
Thomas Röper, Fischer, J K
978-3-941956-78-0



Anmassung.
Wie Deutschland sein Ansehen bei den Russen verspielt
Alexander Rahr
Das Neue Berlin
978-3-360-01376-7



Eiszeit.
Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist
Gabriele-Krone Schmalz
C.H.Beck
978-3-406-71412-2



Illegale Kriege.
Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien
Daniele Ganser
Fifty-Fifty
978-3-946778-28-8



Die Akte Moskau.
Willy Wimmer
Verlag zeitgeist

Print & Online
978-3-943007-12-1



Die einzige Weltmacht.
Amerikas Strategie der Vorherrschaft
Zbigniew Brzezinski
Kopp Verlag
978-3-86445-249-9



Der Griff nach Eurasien.
Die Hintergründe des ewigen Krieges gegen Russland
Hermann Ploppa
Ploppa, Hermann-Theodor
978-3-9812703-4-1



Geo-Imperialismus.
Die Zerstörung der Welt
Wolfgang Effenberger

Kopp Verlag
978-3-86445-323-6



Russland.
Herzschlag einer Weltmacht
Kai Ehlers

Futurum Verlag
978-3-85636-213-3



Der Stuttgarter Unternehmer Michael Ballweg organisiert den digitalen Widerstand. Foto: DW

Digitale Selbstbestimmung

Michael Ballweg, Gründer von Querdenken-711, hielt in Dresden eine vielbeachtete Rede, die wir hier gekürzt wiedergeben.

»Ziel erreicht: Es gibt eine dezentrale, gut organisierte Demonstrationsbewegung für die Grundrechte in Deutschland, die sich verselbständigt hat. Und das ist großartig. (…) Das gibt uns Raum für Neues. Digitale Selbstbestimmung!

Solange alle ihr Google- und Apple-Handy weiterverwenden und die Konzerne mit ihren digitalen Daten finanzieren, ändert sich gar nichts. Deshalb haben wir ein Projekt gestartet, das Euch zeigt, wie ihr Euch von Google und Apple verabschieden könnt und ein *Smartphone* nutzt, das keine Daten an die Konzerne sendet. Wie immer stellen wir das kostenlos ins Internet und allen Querdenken-Initiativen kostenfrei zur Verfügung. (…)

Zahlungssysteme: Die Inflation ist da und beträgt schätzungsweise 30 Prozent, wenn man auch Rohstoffe, Immobilien und die Börse berücksichtigt. Aber auch die offiziell kommunizierte Inflation von knapp sechs Prozent bedeutet, dass jeder in den nächsten zehn Jahren 46 Prozent seiner Kaufkraft verliert. Bitcoin ist ein dezentrales Zahlungssystem, das wie das Internet nicht abgeschaltet oder verboten werden kann. El Salvador hat es bereits als Währung eingeführt. Deshalb werden wir allen Menschen helfen, die Interesse daran haben und auch hier die entsprechenden Informationen kostenfrei ins Internet stellen. Ich habe gestern Abend innerhalb von zehn Minuten mit dem lokalen Querdenken-Team anonyme Bitcoin/Lightning-*Wallets* erstellt. Es ist also schon alles da, wir müssen es nur noch nutzen.

Politische Arbeit: Wir unterstützen Bündnisse wie »Landtag abberufen« und das ZAAV. (…) Die »gesteuerte Opposition« (als die Querdenken zwischenzeitlich diffamiert werden sollte, Red.) wird 2022 aber keine Demonstration in Berlin organisieren. (…) Selbst aktiv werden! Ich freue mich auf den Aufzug mit Euch!«



SPORT MIT BERTHOLD

ALLE GEDOPT?

Gegen Athleten mancher Länder laufen seit Jahren medial breitgetretene Dopingkampagnen, andere werden eher ausgespart. Das Thema Doping hat aber eine lange Historie im Radsport, Schwimmen, Kraft- und Ausdauersportarten et cetera.

Die regelmäßigen Trainingskontrollen werden in den Ländern unterschiedlich gehandhabt und Doping macht vor gar keiner Nation Halt. Es geht überall um zuviel Geld für die Spitzenathleten. Es existiert auch kein Amateursport mehr, wenn wir von Olympiaden, Weltmeisterschaften und so weiter sprechen – offiziell soll es noch sein.

Sanktionen und Boykotte aller Art gibt es auch im Sport, obwohl hier die Politik einmal ganz herausgehalten werden sollte. Wenn Sportler systematisch ausgeschlossen werden sollen, werden die Falschen getroffen. Der Sport wirkt befriedend – durch den möglichst fairen Wettkampf, der einen Anfang und ein Ende hat. Wer sich »nur im Spiel« bekämpft und dann die Hand reicht, muss sich nicht mehr »in Wirklichkeit« bekriegen.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

samte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

DIE MENSCHHEIT MUSS DEM KRIEG EIN ENDE SETZEN, ODER DER KRIEG SETZT DER MENSCHHEIT EIN ENDE. JOHN F. KENNEDY

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 81. Ausgabe ab Samstag, 5. März 2022. | Redaktionsschluss war am 3. März 11:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84, BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Burak Erbasi (CvD) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel, Sandra Doornbos **Weitere Redaktionsmitglieder:** Anke Behrend, Clark Kent, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 82 erscheint am 12. März 2022.